

DP

DEUTSCHE POLIZEI

02/24

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Vertrauensleute

Für dich da.



Wir schützen Beschützer.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: Unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, kannst Du Dich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

Titel

- 2 **Vertrauensleute**
Hakuna Matata

Innenleben

- 14 Im Alltag abgehängt
- 16 Für dich da.

Attraktivität im Polizeiberuf



- 18 Zukunft gestalten

- 20 Gespräche mit Vertretern des Bundestages
- 20 Übernahme
- 22 Kompetent gegen Gewalt

Premieren zum Abschied

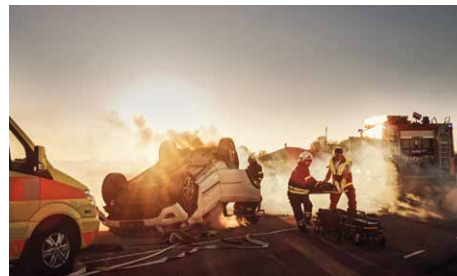


- 24 Spannende Stunden in der größten Fußball-„Schüssel“ Deutschlands

Hingeschaut

- 26 Justiz und Polizei in engem Austausch

Deutscher Verkehrsexpertentag



- 28 Vision Zero

Cybergrooming – Teil 2



- 32 Die Opfer
- 34 Logik der Angst
- 36 Verkehrsunfälle mit Wölfen
- 38 Gen Z: Konfliktunfähig, unselbstständig, arbeitsscheu?

Service

- 17 Eine starke Partnerschaft

Termin

- 40 Bikertreffen im Thüringer Wald
- 39 **Eure Meinung**
- 40 **Impressum**

Schwerpunkt

Personalratswahlen 2024



- 6 Ich mach' mir die Arbeitswelt, widdewidde wie sie mir gefällt



- 10 Wir geben mehr für Netflix aus als für die Polizei

Titel**VERTRAUENSLEUTE**

Hakuna

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat 2023 zum Jahr der Vertrauensleute erklärt. 2024 setzen wir die Serie fort und stellen die Menschen vor, die das grüne Herz bis in die letzte Dienststelle der Republik schlagen lassen. In dieser Ausgabe treffen wir Tara Moreira und Okan Uyuma aus Nordrhein-Westfalen. Ein Gespräch über Optimismus, emotionale Eigensicherung und Hochzeit in Grün ...

Danica Bensmail

Sowohl die Polizei als auch ihre Vertrauensleute sind oft konfrontiert mit den herausfordernden und belastenden Seiten des Lebens. Eine wichtige Maßnahme, um dabei nicht selbst die Balance zu verlieren, heißt emotionale Eigensicherung. Kritische Stimmen nennen es Naivität. Wir nennen es unerschütterlichen Optimismus. Der ist nicht nur ein Resilienzbooster, sondern auch eine essenzielle Eigenschaft für erfolgreiche Vertrauensleutearbeit (VL-Arbeit). Die zwei aus dem Ruhrgebiet, Tara und Okan, haben diesen Hakuna-Matata-Lifestyle perfektioniert. Aber von vorne ...

Hätte ich das gleich gewusst ...

Aller Anfang ist schwer. Zumindest auf Okans Einstieg in die Polizei trifft das zu. Zum Start seiner Karriere stand der heutige Oberkommissar vor einer gewaltigen Herausforderung. „Ohne den Beistand der GdP hätte ich wahrscheinlich hingeschmissen. Ich stand kurz davor, das Vertrauen in alles zu verlieren“, erinnert sich Okan. Zum Glück sei-

Matata

en die Kollegen von der GdP gleich an seiner Seite gewesen. „Man hat sofort gefühlt, was für eine tolle Gemeinschaft die haben“, sagt der Vertrauensmann. „Die sind mit Herzblut für die Menschen bei der Sache, auch außerhalb des Dienstes.“ Hätte er das von Anfang an gewusst, wäre er wahrscheinlich gar nicht erst in dieser misslichen Situation gelandet, sagt Okan. Dieser Kontakt mit der GdP habe ihn elektrisiert: „Ab da wollte ich mich auch für die Kolleginnen und Kollegen engagieren. Niemand sollte sich allein fühlen in schwierigen Situationen.“ Und dank der Vertrauensleute muss das auch niemand. Stark!

Ich heirate, aber nur grün ...

Eine tolle Geschichte! Ob Tara das noch toppen kann? Die Vertrauensfrau grinst. „Die GdP hat es geschafft, dass mein Mann von den Blauen weg und bei uns eingetreten ist“, sagt sie triumphierend. Oha, da schlägt unser grünes GdP-Herz gleich ein paar Takte schneller. „Ich habe ihm damals aus Spaß immer gesagt: Ich heirate, aber nur grün“,



erzählt Tara unter lautem Gelächter. Schließlich habe er sich von einem Kollegen erklären lassen, wie gut der GdP-Rechtsschutz sei. „Und dann kam er zu mir und meinte, gib mir mal so ‘ne Anmeldung.“ Wow!

Schatz, ist gut jetzt!

Wie wir aus vergangenen Folgen wissen, steht das VL-Handy selten still und klingelt auch schon mal zu nachtschlafender Zeit. Tara lacht: „Also, ich bin als VL-Person bislang noch nicht aus dem Bett geschellt worden.“ Aber: Bei dienstlichen und privaten Problemen telefoniere sie mit dem einen oder anderen auch schon mal am Wochenende. Okan grinst: „Also, bei mir schellt andauernd das Telefon. Meine Frau sagt dann irgendwann: Schatz, ist gut jetzt.“ Und dann? „... und dann ist gut“, sagt Okan nach einer kleinen Pause, und alle lachen.

Hilfe, ich will nicht mehr!

Gewerkschaftsarbeit hat viele Facetten. Mitunter dreht die GdP auch das ganz große politische Rad. Doch oft sind es die kleinen Siege, die den Kolleginnen und Kollegen im Alltag wirklich weiterhelfen. Mit welchen Anliegen kommen die Menschen eigentlich zu Tara und Okan? Von einem Kugelschreiber bis zum GdP-Streifenhalter sei alles dabei, erzählen die beiden. Wie die meisten ihrer VL-Kolleginnen und Kollegen sind auch sie echte Organisationstalente. Schränke für die Einsatztaschen beschaffen? Check! Trinkwasser für die Wache organisieren? Check! Und was, wenn es mal privater wird? Okan erinnert sich: „Zu mir sind auch Menschen gekommen, die den Job hinschmeißen wollten.“ Ein junger Kollege sei hin- und hergerissen gewesen, sagt der Vertrauensmann. „Wegen der dienstlichen Belastung, wegen der schlechten Planbarkeit und wegen der begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten.“

Dauerthema Attraktivität

Im Gespräch mit ihm habe Okan betont, dass man nicht gleich komplett in den Sack hauen müsse, denn „die Polizei ist ein vielfältiger Arbeitgeber mit unterschiedlichen





Die Tarifbeschäftigte **Tara Moreira** ist seit 2016 bei der Polizei und fast genauso lange in der GdP. Im PP Duisburg ist die IT-Expertin unter anderem für forensische Sicherung von Datenträgern und die Aufbereitung der Daten sowie die Vorauswertung im Deliktbereich Kinderpornografie zuständig. Vor ihrem Einstieg bei der Polizei absolvierte die Vertrauensfrau eine Ausbildung zur Fachinformatikerin. Zudem ist sie seit 2021 im Personalrat.

Oberkommissar **Okan Uyma** ist seit 2012 bei der Polizei und genauso lange in der GdP. Aktuell versieht er seinen Dienst im Direktionsbüro der Direktion Zentrale Aufgaben des Polizeipräsidiiums (PP) Duisburg. Darüber hinaus engagiert sich der Vertrauensmann seit 2021 auch als Personalrat für die Kolleginnen und Kollegen.

Aufgaben. Und das konnten wir ihm auch so vermitteln. Er ist am Ende geblieben.“ Gespräche dieser Art führe er mittlerweile immer öfter, sagt Okan. „Ein anderer Kollege hat nach einem ähnlichen Gespräch leider dennoch die Polizei verlassen. Die Attraktivität unseres Jobs ist ein Dauerthema bei den Kolleginnen und Kollegen.“

Wir finden gemeinsam eine Lösung

Ein Fall ist Okan besonders in Erinnerung geblieben. „Eine Kollegin hatte täglich Bauchschmerzen, auf die Dienststelle zu gehen – wegen ihrer Vorgesetzten.“ Sie sei in der Situation ratlos gewesen und habe nicht gewusst, wie sie sich am besten verhalten solle. „Ich habe ihr zuallererst versichert, dass sie das nicht allein durchstehen muss. Dass wir uns gemeinsam um eine Lösung bemühen werden“, betont der Vertrauensmann. Gesagt, getan: Okan, der neben seiner Tätigkeit als VL-Mann auch Teil des Personalrates ist, holt seinen Kollegen zu Hilfe. „Wir sind sofort aktiv geworden. Und nach mehreren erfolgreichen Gesprächen wurde die Kollegin innerhalb weniger Wochen schließlich umgesetzt – und zwar genau so, wie sie es wollte.“

Beruhigend zu wissen, dass es Menschen wie Tara und Okan gibt, die den Kolleginnen und Kollegen verlässlich als Ansprechpartner zur Seite stehen. ■

Ich mach´ mir die Arbeitswelt, widdewidde wie sie mir gefällt

Kim Kunze ist immer in Bewegung. Seit 2022 ist die Hauptkommissarin Vorsitzende des Personalrates der Bremer Polizei. Für DP hat sie im Vorfeld der Personalratswahlen im März einen der begehrten Gesprächstermine in Kalender freigeschaufelt. Ein Interview über Polizei, Power und Paarhufer ...

Danica Bensmail

Sucht man im Internet im Duden unter dem Buchstaben P das Wort Powerfrau, steht dort: Power|frau, die, Substantiv, feminin – tüchtige Frau voll Kraft und Stärke. Beschreibung passt, fehlt eigentlich nur noch ein Bild von Kim Kunze neben dem Eintrag. Die Personalrätin ist eine Macherin. Ich erreiche sie telefonisch zwischen zwei Terminen. Anstatt durchzuatmen, holte Kim einmal tief Luft, und führte dieses Gespräch mit DP.

Lange stillsitzen?

Geht nicht! Dafür sei die Welt zu bunt, zu interessant, sagt Kim und lacht. „Ich schaue gerne nach links und rechts und interessie-

re mich für viele verschiedene Dinge.“ Wie ein Schwamm, der Wissen aufsaugt, um daran zu wachsen. Gut, dass die Polizei ein so vielfältiger Arbeitgeber sei, sagt Kim, die in ihrer Karriere sämtliche Möglichkeiten genutzt hat, in viele Bereiche der Behörde hineinzu leuchten.

Schon immer ein loses Mundwerk

Aber warum eigentlich Polizei und Gewerkschaft? „Ich bin jemand, die Ungerechtigkeiten total doof findet. Außerdem hatte ich schon immer ein loses Mundwerk“, sagt Kim und lacht. Oha! Gut, wenn man das im Sinne seiner Mitmenschen einsetzt. Für eine Personalrätin eigentlich keine schlechte Ei-





Polizeihauptkommissarin **Kim Kunze** ist seit 2007 in der Polizei und fast genauso lange in der GdP. Zuletzt führte sie größere Einsätze als Wach- und Einsatzleiterin. 2016 wechselte sie in den Personalrat. Seit 2022 ist sie dessen Vorsitzende und zudem Teil des Bremer GdP-Landesvorstandes. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Personalrates der Polizei Bremen. Als Kassiererin hat sie einen Blick auf die Finanzen, ist Werbebeauftragte und leitet die Fachgruppe Schutzpolizei.

genschaft. „Zu Beginn meiner Laufbahn hat man mir oft unterstellt, ich würde Widerworte geben, erinnert sich die gebürtige Sachsen-Anhalterin. „Dabei habe ich nur nachgefragt, um Dinge zu verstehen.“

Sternzeichen Fuchs

Ihr alter Chef in der Bereitschaftspolizei (BePo) habe das nicht so gut aufgefasst. „Der konnte mit jung und weiblich überhaupt nichts anfangen. Wenn ich ihm gesagt habe: Ich möchte dort auf den oder den Lehrgang, hieß es nur: Nö.“ Aber über ihre Netzwerke habe es am Ende meist doch funktioniert. Kim Kunze: Sternzeichen Fuchs. Gut so, denn wer sich um andere kümmern will, muss zunächst im Stande sein, sich gut um sich selbst zu kümmern. Kim will das eine und kann das andere. Klasse!

Arbeit darf nicht krank machen

„Oberste Priorität für mich hat immer der gegenseitige Umgang – vor allem mit Schwächeren“, betont die Personalratsvorsitzende. Dazu zählten vor allem diejenigen, die krank seien und deswegen irgendwie in der Polizei ihren Dienst machen. Schuld daran sei oft der Schichtdienst, Führung, die versagt habe oder die grundsätzlichen Umstände in der Behörde. „Wenn man das zugunsten der Menschen ändern will, muss man ganz viel reden.“

Mehr Kommunikation

Sprache gilt als erstes Einsatzmittel der Polizei. „Wir müssen mehr miteinander sprechen“, sagt Kim. So mancher Konflikt ließe sich ganz einfach beseitigen, „aber wir machen es nicht.“ Entweder, weil die Struktur der Organisation so starr sei, oder weil die handelnden Personen kommunikativ nicht zusammenfänden. „Ich bin sehr hinterher, dass wir da einen Dreh reinbekommen.“

Geht nicht gibt's nicht

Auf ihrer Personalratsstreife durch die Hansestadt treffe sie oft Kollegen, die unglücklich an ihrer Dienststelle seien, erzählt Kim. Aber die Gewerkschafterin erreichen auch Anrufe von jenseits der Landesgrenze. Kim erinnert sich: „Ein Kollege im mittleren Dienst aus Schleswig-Holstein hat sich bei mir gemeldet. Er wollte in Bremen anfangen, aber unsere Personalstelle hat ihm gesagt: Geht nicht, wir stellen im mittleren Dienst nicht mehr ein.“ Dabei habe der Kollege die besten Voraussetzungen zum Aufstieg mitgebracht, sagt Kim. „Mit seinen Beurteilungen und Fachkenntnissen war er ein super Zugewinn für die Polizei Bremen.“ Das Ende vom Lied: Zwei Daumen nach oben – einen von der Bremer Polizei, einen vom Senat für Inneres. „Seit August ist der Kollege bei uns in Bremen – nachdem er abgewatscht wurde“, sagt Kim mit einem Strahlen, das man sogar durchs Telefon sehen kann. „Dafür gehe ich los. Für Menschen, die ungerrecht behandelt werden. Ich bin zufrieden, wenn ich die vielen kleinen Feuer zügig löschen und die Betroffenen glücklich machen kann.“

Reviersprechstunde

Das geht am besten im direkten Kontakt. Kims guter Vorsatz für 2024 lautet: noch mehr Kommunikation, noch näher dran an den Menschen sein. „Ich will nach den Personalratswahlen Sprechstunden für die Kolleginnen und Kollegen in den Revieren einrichten“, sagt Kim. Sie wolle raus aus ihrem Personalratsbüro, hin zu den Kolleginnen und Kollegen, mit ihnen sprechen – und das regelmäßig. Denn zu besprechen gibt es viel. „Gesundheits- und Arbeitsschutz sind Themen, die in Bremen wegen Personalnot vernachlässigt werden“, betont die Gewerk-

schafterin. Man versuche, einzelne „Brände“ durch das Verschieben von Personal zu löschen. Damit müsse Schluss sein.

Rund um die Uhr?

Permanente Erreichbarkeit ist für die Personalrätin wichtig. Wirklich? Permanent erreichbar? Kim hält kurz inne und denkt nach. „Ich habe manchmal den Fehler begangen, eigentlich mache ich das immer noch, mein dienstliches Telefon auf mein Privathandy umzustellen.“ So, so! Als Personalrätin dem Dienstherrn ständig auf die Füße treten wegen Work-Life-Balance, Überlastung und flexiblen Dienstplänen – und dann so was! Kim lacht verlegen. „Ich lege das Handy am Wochenende auch mal weg und mache digital detox. Und im Urlaub klappt das beispielsweise auch.“

Eine Kuh macht Muh – viele Kühe machen Mühe

Na gut, Themenwechsel. Gibt es eine Sache, die Kim besonders macht, weil sie keiner von ihr erwartet? Die Polizeihauptkommissarin lacht: „Ich habe drei Kühe. Eine Katze. Und Carlsson, den Hund.“ Ui! Jetzt noch einen Esel, einen Hahn – die Bremer Stadtmusikanten sind komplett. Da fällt mir spontan noch eine Powerfrau ein – mit einem Äffchen und einem Pferd. Und genau wie sie macht Kim Kunze sich die Arbeitswelt widewidde, wie sie ihr und den Menschen bei der Polizei gefällt – ein kleines bisschen besser. Jeden Tag ein Stück. ■

Schwerpunkt

PERSONALRATSWAHLEN 2024



Wir geben mehr für Netflix aus als für die Polizei

Sascha Göritz engagiert sich seit mittlerweile knapp drei Jahrzehnten gewerkschaftlich für das Wohl seiner Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Seit 2020 hat der Polizeihauptkommissar den stellvertretenden Vorsitz des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) in Hannover inne. DP hat ihn vor den Ende Februar anstehenden Personalratswahlen getroffen. Ein Gespräch über Netflix, Intuition und Fingerkribbeln ...

Danica Bensmail

Sascha Göritz ist trotz Nieselwetter und grauem Himmel bestens gelaunt. Diese Energie ist so ansteckend, man spürt sie sogar durch das Telefon. Keine Minute am Hörer, sind wir auch schon mitten in einem bunten Themenmix. „... aber es nutzt ja nichts, mit der geballten Faust in der Tasche rumzulaufen“, platzt es aus Sascha heraus. „Man kann auch mal was sagen.“ Ein wahres Wort.

Positives Neuland

Aber wo fängt man bloß an, bei drei Jahrzehnten gewerkschaftlichen Engagements? Von der Jugend- und Auszubildendenvertretung über die JUNGE GRUPPE (GdP) bis in den geschäftsführenden Landesvorstand: Sascha Göritz war und ist überall beteiligt. Darunter muss es doch mindestens ein Herzensprojekt geben, oder? An eines erinnert er sich: „Wir haben als JUNGE

GRUPPE (GdP) großen Wert auf internationalen Austausch gelegt“, erzählt Sascha. „Von einem Seminar bei unseren österreichischen Kollegen haben wir damals eine Idee mit nach Deutschland genommen. Es ging um die Schadensersatzansprüche von Kolleginnen und Kollegen – Schmerzensgeld. In Österreich war das bereits gesetzlich geregelt. Für uns war dies absolut Neuland.“

Voller Erfolg!

„Ich war damals Landesjugendvorsitzender, als wir mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf dem Landesdelegiertentag 2009 dazu einen Antrag eingereicht haben – mit Erfolg“, sagt er. Das Ergebnis dieser Initiative ist der Paragraph 83 a des niedersächsischen Beamtengesetzes. Demzufolge soll der Dienstherr bei gültigen Schmerzensgeldansprüchen von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in Vorleistung gehen. Stark!



Bleibt alles anders

Auch das ist schon wieder 15 Jahre her. Seitdem hat sich viel in der Polizei getan. Geht es nach dem Gewerkschafter, soll sich noch viel mehr tun. Sascha ist gedanklich schon im Übermorgen: „Wir reden seit geraumer Zeit über demografischen Wandel. Manchmal hat man den Eindruck, die Organisation denkt, der kommt erst noch.“ Dabei hätte allein Niedersachsen im Vollzug bereits 8.000 junge Menschen eingestellt, sagt Sascha. „Das sind über 40 Prozent allein im Vollzugsbereich. Der Wandel ist längst da.“

Digitale Rendite

Mit einer Organisation, die sich derart verändert, müsse man schleunigst Antworten und Lösungen entwickeln auf all die Fragen und Anforderungen, die diese neue Generation an den Arbeitgeber Polizei stelle, aber

auch die Bedürfnisse aller derzeit in der Polizei Beschäftigten berücksichtigen. Einer der bedeutsamsten Hashtags an dieser Stelle heiße #worklifebalance. „Als Personalrat ist es für mich wichtig, die Entscheider diesbezüglich nicht aus ihrer Verantwortung zu lassen“, betont Sascha. Mit dem Besteck der Vergangenheit kriege man heute nichts mehr vom Teller geputzt. „Das bedeutet auch, dass wir in der Digitalisierung dazu übergehen müssen, eine digitale Rendite einzufahren.“ Seit Mitte der 90er-Jahre nutze die Polizei statt Schreibmaschinen Computer. Die würden zwar mit reichlich Daten gefüttert, dennoch: „Unsere Arbeit scheint das nicht zu erleichtern.“

Intuitiv und einfach

Die Kolleginnen und Kollegen bräuchten nutzerfreundliche Software, die Aufwände reduziert. Niemand solle einen achtstün-

digen Lehrgang besuchen müssen, um arbeitsfähig zu sein. „Apps und Programme, die ich privat nutze, sind intuitiv und darum einfach zu handhaben. Warum ist das im Dienst nicht so?“ Stattdessen müssten Kolleginnen und Kollegen heute noch bei Schnee und Regen mit dem Kugelschreiber eine vereinfachte Verkehrsunfallaufnahme auf Durchschlagpapier machen, sagt Sascha, und seine Stimme wird mit jedem Wort ein wenig lauter. Spätestens jetzt ist der Personalrat warmgelaufen. Oha! Klingt fast so, als balle sich da gerade wieder die Faust in der Tasche.

Gesund und leistungsfähig

Kein Wunder, je schlechter die Arbeitsumstände, umso größer die Anforderungen an die Resilienz der Kolleginnen und Kollegen. Das Thema Gesundheit steht ganz oben auf der Liste des Personalrates: „Arbeitswelten,

Hauptkommissar **Sascha Göritz** ist 49 Jahre alt. Der dreifache Vater lebt mit Frau und Kindern in der Kaiserstadt Goslar im Harz. Seit 1995 ist er bei der Polizei und genauso lange in der GdP. Dort hat er für vieles den Hut auf: Neben seinem Posten als stellvertretendem Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates (PHPR) in Hannover engagiert er sich als stellvertretender Landesvorsitzender in der GdP Niedersachsen.

Arbeitszeitrecht und Zeiterfassung sind in Niedersachsen seit einigen Jahren Topthemen. Dazu haben wir als GdP zwei Arbeitszeitkongresse veranstaltet. Ich will noch mal betonen: Die EU-Arbeitszeitrichtlinie gilt auch für die Polizei“, sagt Sascha. Sie solle garantieren, dass die Kolleginnen und Kollegen möglichst lange gesund und leistungsfähig seien, „sie ist nicht dafür da, dass die Organisation funktioniert. Personalmangel darf man nicht durch Dehnung von Arbeitszeiten ausgleichen“, betont der Gewerkschafter. „Andererseits weiß ich, meine Kolleginnen und Kollegen wollen Polizeiarbeit machen, sie brennen vielerorts für unseren Beruf. Da erscheinen arbeitszeitrechtliche Schranken oft hinderlich und nicht praxistauglich.“

Entlastung langfristig planen

Mit Blick auf die unmittelbare Zukunft brauche die Polizei in Niedersachsen ein Zeitmanagementsystem, das nicht nur Arbeitszeit und Pausen erfasse, sondern die Beschäftigten sowie die Vorgesetzten auch unterstütze, sich an gültiges Arbeitszeitrecht zu halten. Und noch wichtiger: „Wenn es eine Belastung gegeben hat, muss auch eine Entlastung geplant und umgesetzt werden“, sagt Sascha. Uniform hin oder her: Polizisten seien Menschen mit körperlichen Grenzen.

„Und wenn die auf Dauer regelmäßig überschritten werden, dann macht das krank. Am Ende geht es darum, dass wir alle heile und gesund nach Hause kommen.“

... unser Handy lassen wir uns mehr kosten

Vor der nächsten Rechenaufgabe holt Sascha noch einmal tief Luft: „Von dem 42-Milliarden-Euro-Landeshaushalt in Niedersachsen landen 1,5 Milliarden Euro bei der Polizei.“ Rechne man diese 1,5 Milliarden auf die acht Millionen Niedersachsen um, bedeute dies monatliche Ausgaben in Höhe von 16 Euro für die Polizei, stellt Sascha fest. „Jeder von uns bezahlt mehr für seinen Netflix-Account oder für sein Handy. Wenn wir diese 16 Euro auf 20 Euro erhöhen, wären wir schon einen ersten Schritt weiter.“

Und jetzt noch mal in attraktiv!

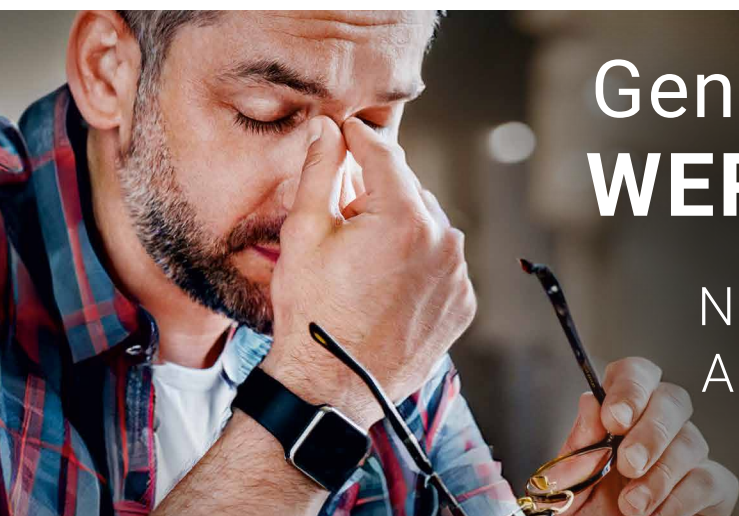
„Wir müssen wieder anfangen, positiv über unseren Beruf zu sprechen“, sagt Sascha. Die Polizei verfüge über Attraktivitätsvorteile, die man ganz klar als solche benennen müsse und das bereits im Studium. Die Schlagwörter heißen Beschäftigtenvorteile und -angebote. „Wer in Niedersachsen zur Polizei will, braucht einen Führerschein. Viele junge Leute haben mittlerweile aber

gar keinen Führerschein mehr. Ein Anreiz wäre, den Führerschein dienstlich erwerben zu können.“

Unterbringung sei ein weiteres Thema. Bei anderen Landespolizeien kriege man für 70 Euro eine warme Unterkunft in einer Polizeiliegenschaft mit WLAN und Vollverpflegung, sagt Sascha. In Niedersachsen müsse man selbst eine Wohnung suchen und alle Kosten tragen. „Und warum um alles in der Welt ist die dienstliche Technik oft so viel schlechter als das, was ich privat nutze? Auch das muss sich ändern.“

Sascha Göritz hat zahllose Themen, die den Gewerkschafter, seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter bis weit über die Personalratswahlen hinaus beschäftigen dürften. Bei aller positiven Energie, die der Personalrat ausstrahlt, ein bisschen Faustballen in Ehren kann niemand verwehren. Alles deutet darauf hin: Sascha Göritz kribbeln schon wieder die Finger. Es kann losgehen ... ■

ANZEIGE



Genervt von Ihrer Brille? WERDEN SIE SIE LOS!

Nutzen Sie unser exklusives Angebot für GdP-Mitglieder!

EuroEyes
brilleweg.de/gdp

10% Rabatt auf SMILE Pro Augenlasern und Trifokallinsen (auch für Ehepartner, Eltern und Kinder)
Kostenlose Beratung: **0800 1711 1711**



Innenleben

GdP-HALTUNGSSEMINAR

Im Alltag abgehängt

Auf dem GdP-Seminar „Argumentations- und Haltungstraining gegen Alltagsrassismus, Verschwörungserzählungen und rechte Parolen“ lernten die Teilnehmenden, souverän gegen Diskriminierung und menschenverachtende Einstellungen einzustehen – kritische Selbstreflexion und Perspektivwechsel inklusive.



GdP

„Wir haben in unserer Gesellschaft immer noch Menschen, die abgehängt sind. Das macht mich betroffen.“

Cornelia Renken, stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Bremen

Danica Bensmail

Mit einem lauten RATSCH! löst Kai Venohr einen Streifen Klebeband von einer dicken Rolle. Unter den interessierten Augen der Teilnehmenden betritt der Seminarleiter die Mitte des Stuhlkreises und klebt eine zehn Meter lange Linie auf den Fußboden – das Diskriminierungsbarometer. Er werde die Runde nun mit Aussagen konfrontieren, sagt Kai. „Ich will, dass Ihr Euch dazu positioniert.“ Er deutet zum einen Ende der Linie: „Wenn Ihr die Aussage als diskriminierend empfindet, stellt Euch da hin.“ Er blickt ans andere Ende: „Wenn nicht, geht dort hin. Wer unsicher ist, bleibt in der Mitte.“

Heul nicht rum, wie ein Mädchen

Bereits die erste Aussage sorgt für Spaltung unter den Teilnehmenden: Ein Azubi beklagt sich über die schwere Arbeit. Der Ausbilder faucht: Heul nicht rum, wie ein Mädchen. „Frauen und Mädchen haben nichts mit Rumheulen zu tun“, sagt eine Teilnehmerin mit empörter Stimme. Fazit: diskriminierend. Die Anwesenden neben ihr nicken. „Hört sich jetzt vielleicht schlimm an“, sagt ein anderer „aber für mich ist das nicht richtig diskriminierend, sondern eher flapsig und umgangssprachlich.“

Haben wir schon immer so gemacht

Teilnehmerin eins hakt ein: „Das ist wieder dieses Argument, das wurde schon im-



GdP

„Eigentlich sollte es egal sein, woher man kommt, wen man liebt, als was man sich identifiziert oder woran man glaubt.“

Für **Mario Tölle** vom BKA war das Seminar ein „Reality-Check“

mer so gemacht.“ Andere pflichten ihr bei. Wow! Das Seminar ist keine 15 Minuten alt und schon geht es richtig zur Sache. Bevor die Übung eskaliert, schaltet Kai sich in die Diskussion ein. Die Aussage suggeriere, Mädchen seien weinerlich und könnten keine schwere Arbeit leisten, erklärt der Seminarleiter. „Ist das richtig?“, fragt er in die Runde. Einige Teilnehmende schütteln die Köpfe.

Privilegiert

Auch die nächste Übung hat es in sich. Es geht um Privilegien. Kai positioniert die Teilnehmenden nebeneinander an der hinteren Wand des Raumes. Alle haben eine Karte mit einer fiktiven Identität bekommen. Kai stellt Fragen. Können die Teilnehmenden in ihrer fiktiven Identität mit Ja antworten, dürfen sie einen Schritt nach vorne machen. Die Fragen sind simpel: Kannst Du ein Bankdarlehen bekommen? Kannst Du Dich im Dunkeln auf der Straße sicher fühlen? Kannst Du bei der nächsten Kommunalwahl wählen gehen? Kannst Du davon ausgehen, dass Du oder Deine Kinder in der Schule nicht diskriminiert werden? Kannst Du beim Versuch, einen Diebstahl anzuzeigen, eine faire Behandlung von der Polizei erwarten?

Gespalten

Am Ende der etwa 20 Fragen sind die Teilnehmenden über den gesamten Raum verteilt. Vier von ihnen stehen deutlich weiter vorne als der Rest. „Die Mehrzahl der Menschen hat scheinbar nicht dieselben Chancen wie wir“, sagt Sebastian Bruder aus Rheinland-Pfalz. Cornelia Renken aus Bremen, die zwei Schritte weiter vor ihm steht, nickt.

In der Realität wäre ich da vorne

„Bei den Fragen geht es darum, eine Versicherung abzuschließen, ob meine Kinder in der Bevölkerung akzeptiert werden und trotzdem konnten viele von Euch nicht vorangehen“, sagt Seminarleiter Kai. Aus seiner Rolle heraus habe er viele Schritte nicht gemacht, sagt ein Teilnehmer. „In der Realität wäre ich da vorne“, sagt er und deutet zur anderen Seite des Raumes. „Ein ziemlich beschissenes Gefühl hier zu stehen und zu wissen, dass es Menschen gibt, denen es so geht.“ Eine Teilnehmerin nickt. „Innerhalb



GdP

„Die eigenen Privilegien so drastisch aufgezeigt zu bekommen, war belastend. Ich möchte die Lebensumstände Dritter künftig nicht mehr länger nur passiv zur Kenntnis nehmen.“

Sebastian Bruder aus Rheinland-Pfalz

meiner Rolle sind mir so viele Grenzen gesetzt, die mich in meinem eigenen Leben gar nicht betreffen.“

Das macht mich betroffen

Kai geht zwei Schritte weiter und landet bei Mario Tölle – dem Schlusslicht der Runde. „Ich habe nur zwei Schritte nach vorne gemacht“, sagt der BKA-Beschäftigte. Bei einer Frage habe er mit sich gehadert, dennoch: „in meiner Rolle glaube ich gefahrlos nachts rumlaufen zu können. Kommt darauf an, wo man lebt.“ Und kann er bei der Polizei problemlos eine Anzeige aufgeben? „Das ist für mich eine absolute Selbstverständlichkeit. Obwohl ich weiß, dass es anders prak-

tiziert werden könnte, habe ich einen Schritt nach vorne gemacht.“ Es sei auch ein wenig Wunschdenken gewesen, sagt Mario unter dem Schmunzeln der Teilnehmenden. „So stark abgehängt zu sein macht die soziale Teilhabe an der Gesellschaft schwierig.“

Männlich, deutsch, heterosexuell?

Es folgt die Auflösung. Welche Identität steht ganz vorne, welche ist abgeschlagen? „Na wer wird schon ganz vorne stehen“, feixt eine Teilnehmerin. „Männlich, weiß, heterosexuell.“ Ein Raunen geht durch die Menge. Es wird spannend. Cornelia Renken steht mit einem kleinen Abstand zum Rest der Gruppe an vorderster Stelle. Welche Rolle hatte die Bremer Hauptkommissarin inne? Cornelia schaut auf ihre Karte: 45, männlich, Elektromeister, deutsch, erwerbstätig, verheiratet, zwei Kinder steht dort. „Im ersten Moment war das Gefühl nicht schlecht. Als ich nach hinten geschaut und gesehen habe, wie weit einige doch zurückgeblieben sind, fand ich das bedrückend“, sagt die Gewerkschafterin. „Wir haben in unserer Gesellschaft immer noch Menschen, die abgehängt sind. Das macht mich betroffen.“

Privilegiert trotz Rollstuhl?

Sebastian Bruder steht nur wenige Schritte hinter Cornelia, auf der Schwelle zum Mittelfeld. Wen verkörperte der Kommissar für die Übung? Sebastian zückt seine Karte und liest: „51, deutsch, männlich, allein-

stehend, Pförtner, schwerbehindert, auf den Rollstuhl angewiesen.“ Trotz der Behinderung sei er weitergekommen als viele andere, stellt Sebastian fest. „So, wie fast alle, deren Rolle Deutsche waren. Das so aufgezeigt zu bekommen war belastend. Ich möchte künftig nicht mehr länger nur ein passiver Zuhörer bleiben, der diese Lebensumstände zur Kenntnis nimmt.“

Mit dem Rücken zur Wand

Mario Tölle steht mit dem Rücken zur Wand. Zwei Schritte vorwärts, mehr war nicht drin für den Oberamtsmeister beim BKA. Mario holt tief Luft, bevor er seine Karte vorliest: „35, männlich, ledig, Reinigungskraft, geflüchtet aus dem Iran.“ Diese Übung sei ein kleiner Reality-Check gewesen, sagt Mario. „Ich dachte immer, wer nach Deutschland flüchtet, kann doch ein privilegiertes Leben führen.“ Dass ich viele Fragen negativ beantworten musste, hat mich echt betroffen gemacht.“

Ein anderer Teilnehmer ruft dazwischen: „Du hast wenigstens 'ne Arbeitserlaubnis.“ Die Anspannung der Teilnehmer löst sich in verlegenem Lachen auf. „Wir sind privilegiert, alle, die hier sind“, sagt Mario. „Dabei sollte es eigentlich total egal sein, woher man kommt, wen man liebt, als was man sich identifiziert oder woran man glaubt.“ ■

ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder.

20% GdP-Rabatt* auf alle Artikel im SNOCKS Online-Shop.

20%

*ab dem Kauf von min. 2 Artikeln.



SNOCKS

Innenleben

VERTRAUENSLEUTE-KAMPAGNE

Für dich da.

Nachdem die Gewerkschaft der Polizei (GdP) 2023 zum Jahr der Vertrauensleute ausgerufen hatte, startet im Februar die bundesweite Vertrauensleute-Kampagne unter dem Motto „Vertrauensleute. Für dich da.“

Lydia Häber



Mit Rat und Tat

Viele Vertrauensleute stehen neben ihrer Arbeit der Kollegschaft mit Rat und Tat zur Seite. Deshalb ist das bundesweite Netzwerk wichtig. Denn um Arbeit und Ehrenamt mit der Zeit für Familie und Freunde in Einklang zu bringen, ist eine effiziente Zusammenarbeit wichtig. Nur durch eine gesunde Work-Life-Balance kann man die Motivation aller Aktiven langfristig für die Vertrauensleute-Arbeit sichern. Denn von Grillpartys über Seminare zur Schulung neuer Vertrauensleute bis zu Rechtsschutzfragen decken die engagierten GdPlerinnen und GdPler alle Aufgabenbereiche ab, um serviceorientiert der Kollegschaft zur Seite zu stehen.

Das Ohr an der Basis

Der Erfolg der GdP hat unmittelbar mit der Arbeit der Vertrauensleute zu tun. Sie wissen, worüber sich in der Kollegschaft Ge-

Die bundesweite Kampagne erhöht den Bekanntheitsgrad der Vertrauensleutearbeit, ist aber vor allem auch Wertschätzung und ein großes Dankeschön an alle aktiven GdP-Mitglieder, die täglich im Ehrenamt ihr Bestes geben und sich für ihre Kolleginnen und Kollegen stark machen. „Wir als GdP möchten, dass alle Mitglieder jederzeit gut beraten sind und sich in allen Lagen unterstützt fühlen. Dafür muss man seinem Vertrauensmann oder seine Vertrauensfrau in der Dienststelle kennen.“, sagt Katrin Kuhl, zuständig für die Vertrauensleute-Arbeit im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Alexander Poitz ergänzt: „Ein starkes – auch länderübergreifendes – Netzwerk bleibt das ‚A und O‘, wenn es darum geht, schnelle und praktikable Lösungen für die täglichen Anliegen der Kolleginnen und Kollegen zu finden.“



danken gemacht wird, sie sind Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und auch die direkte Verbindung zur Kreisgruppe vor Ort.

Fotoshootings

Und so nahmen im Rahmen der letztjährigen Vertrauensleutekonferenz 28 Teilnehmende aus allen Landesbezirken und Bezirken an dem Fotoshooting und den Dreharbeiten zur Vorbereitung der medienübergreifenden Kampagne teil. Vertretend für alle Vertrauensleute beschreiben sie in kurzen Zitaten und Statements, wofür sie sich in der VL-Arbeit einsetzen oder was die Aufgaben sind. Zusammen machen sie eines deutlich: GdP-Vertrauensleute sind für dich da. ■



Service



GdP-Plus
Partner

GdP-PLUS PARTNER

Eine starke Partnerschaft

Unser Vorteilsprogramm. Von uns, für Euch. Attraktive Unternehmen präsentieren spannende Angebote exklusiv für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starke Partner – attraktive Angebote

Jeder kann anlegen bei den Profis! Unser neuer Partner **flatex** bietet Sparpläne, Aktien, ETFs und vieles mehr zu günstigen Konditionen.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unterneh-

men aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

ANZEIGE

flatex

Ihr starker Finanzpartner für starke Einsatzkräfte

Gemeinsam in eine sichere Zukunft.



flatex.de

Profitieren Sie von Ihren Vorteilen als GdP-Mitglied.

Eröffnen Sie ein kostenloses Wertpapierdepot* und erhalten Sie 50 EUR Orderguthaben.



GdP-Plus
Partner



* exkl. Verwahrgebühr für Xetra-Gold, ADR's, GDR's. Investitionen in Wertpapiere bergen Risiken. Diese Aktion gilt ausschließlich für GdP-Mitglieder. Dieses Angebot gilt nicht für die Eröffnung eines Minderjährigendepots. Nach Beendigung der Aktion gelten anschließend die Konditionen gem. des zu dem Zeitpunkt der Beendigung der Aktion gültigen Preis- und Leistungsverzeichnisses für flatex Deutschland. Die flatexDEGIRO Bank AG behält sich des Weiteren vor, Kunden aus wichtigem Grund von diesem Angebot auszuschließen. flatex ist eine Marke der börsennotierten flatexDEGIRO AG, Omnium, Große Gallusstr. 16-18, 60312 Frankfurt am Main

ATTRAKTIVITÄT IM POLIZEIBERUF

Zukunft gestalten

Steigende Kündigungs- und sinkende Bewerbungszahlen bei immer höheren Anforderungen: Das ist die Realität deutscher Polizeibehörden. Wird der Polizeiberuf unattraktiver? Die JUNGE GRUPPE (GdP) und die Unternehmensberatung Capgemini haben sich unabhängig davon mit dieser Frage beschäftigt. Jetzt bündeln sie ihre Expertisen ...

Alina Kelbing und Jannik Wessels

Im vergangenen Sommer hat sich die JUNGE GRUPPE (GdP) bereits mit der Attraktivität des Polizeiberufes auseinandergesetzt und ein richtungsweisendes Positionspapier, das „Potsdam Paper“, veröffentlicht. Darin sind viele Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung enthalten oder kurzum, genau das, was sich junge Menschen für den Polizeiberuf wünschen würden. Ebenso hat sich eine der renommiertesten Firmen in der Unternehmensberatung Capgemini mit der Problematik der Attraktivität des Polizeiberufes befasst, aktuelle Probleme herausgefiltert und eine entsprechende Studie veröffentlicht.

Die Zukunft der Polizei gestalten

Beide Projekte haben ein gemeinsames Ziel: „Die Zukunft der Polizei gestalten!“ und Polizeiarbeit weiterzudenken. Und auch, wenn die Pro-

jekte voneinander völlig unabhängig entstanden und durchgeführt worden sind, gibt es große Schnittmengen in den Ergebnissen.





met und sind schnell zum Ergebnis gekommen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Sowohl der Erste Zukunftskongress der JUNGEN GRUPPE (GdP) als auch die von Capgemini durchgeführte Studie ergaben, dass die Behörden „kein Ohr an der Basis“ haben und sich nicht mit der Zufriedenheit ihrer Mitarbeitenden auseinandersetzen. Umfragetools, die von Capgemini bereits erfolgreich erstellt und getestet worden sind, bieten hierbei gute Möglichkeiten, entsprechende Stimmungen einzufangen.

Warum also nicht gemeinsame Sache machen?

Realitätsferne Werbung

Im letzten Dezember trafen sich der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke, die beiden Autoren dieses Beitrages Alina Kelbing, Jugendvorsitzende von Schleswig-Holstein, und Jannik Wessels, stellvertretender Bundesjugendvorsitzender, mit Vertretern der Capgemini-Gruppe und debattierten über verschiedene Themenschwerpunkte. Was muss sich ändern? Wir sind uns einig, dass gestellte und realitätsferne Hochglanzbroschüren im Recruitingprozess bereits die ersten Fallstricke in Sachen späterer Berufsunzufriedenheit darstellen. Was dort in Manier eines Actionhelden gezeigt wird, spiegelt nicht die Realität des Polizeiberufes wider und führt zu Frustrationen im späteren Berufsalltag.

Das Ohr an der Basis

Zudem stellen langwierige und rückständige Bewerbungsprozesse, gepaart mit langen Wartezeiten auf Zusagen, weitere, große Hürden für potenzielle Bewerbende dar. Im gemeinsamen Brainstorming haben wir uns neben dem Recruitingprozess auch dem Thema des Umgangs der Polizeibehörden mit ihren Mitarbeitenden gewid-

Interessenbasierte Personalentwicklung

Ergänzend dazu wäre eine interessenbasierte Personalentwicklung ein zielführendes Instrument für die Mitarbeitendenzufriedenheit. Leider wissen die Behörden zu meist nicht einmal, ob es entsprechende Interessen und Fähigkeiten gibt, die Mitarbeitende von Haus aus mitbringen und die für den Arbeitsalltag gewinnbringend genutzt werden könnten. Ein Umdenken bei den Behörden, die individuellen Fähigkeiten der Mitarbeitenden zu erkennen und zu nutzen, kann nicht nur die Arbeitszufriedenheit und Motivation der Mitarbeitenden steigern, sondern ist auch ein Garant für eine bessere Arbeitsqualität und bietet damit gleichzeitig einen Mehrwert für die Behörden selbst. Aufgrund dessen fordert das „Potsdam Paper“ eine entsprechende Fähigkeitenerhebung, die gezielte Personalentwicklung ermöglichen kann.

Nun gilt es, die Behörden von der Sinnhaftigkeit und Umsetzung dieser Maßnahmen zu überzeugen, um damit die Attraktivität des Berufes für die Beschäftigten in den Polizeibehörden zu erhöhen. Eines ist klar: Unsere Bundesrepublik benötigt funktionierende und handlungsfähige Sicherheitsbehörden mit motivierten Mitarbeitenden. Das ist unser Ziel! ■

WEITERE INFOS



Link zum Positionspapier
<http://tinyurl.com/ykax9r2k>

Innenleben



Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder (AGSV Polizei Bund/Länder): Silvia Bohnert (Bundespolizei), Ewald Scheuer (Rheinland-Pfalz) und Steffen Kutschera (Sachsen, r.).

VERBESSERTER DIENSTUNFALLSCHUTZ

Gespräche mit Vertretern des Bundestages

Soldaten und Rettungssanitäter werden bei dienstlich verursachter posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) dienstunfallrechtlich besser geschützt als Polizeibedienstete. Das muss sich ändern!

Silvia Bohnert

Auch unsere Kolleginnen und Kollegen müssen oft extrem belastende Einsätze erleben. Nicht selten werden sie dadurch traumatisiert und erkranken psychisch zum Beispiel an einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS).

Deshalb hat die Autorin dieses Beitrages, Silvia Bohnert (Bundespolizei), gemeinsam mit Ewald Scheuer (Rheinland-Pfalz) und Steffen Kutschera (Sachsen) als Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder (AGSV Polizei Bund/Länder) Gespräche mit den be-

hindertenpolitischen Sprechern der Regierungsfractionen und der CDU geführt.

Sie warben für eine Übernahme der gesetzlichen Regelung für Bundeswehr-Angehörige oder der Rettungssanitäter zugunsten von Polizistinnen und Polizisten und damit für eine Verbesserung des Dienstunfallsschutzes. Die Gesprächspartner erkannten die Problematik und die Handlungsnotwendigkeit. Sie sicherten ihre Unterstützung zu. Als Nächstes wird die AGSV Polizei Bund und Länder an die jeweiligen innenpolitischen Sprecher herantreten. ■

Innenleben

TARIFERGEBNIS AUCH FÜR BEAMTE

Übernahme

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder gingen im Dezember zu Ende. Im Tarifabschluss wurde die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für den Beamtenbereich vereinbart.

Gudrun Hoffmann

Für die GdP ist klar, dass jetzt die Landesregierungen gefordert sind, entsprechende Gesetze vorzulegen, um die Besoldung und Versorgung anzupassen. Wichtig ist hier zum einen, dass alle Anpassungen für alle gelten sollten. Das heißt, auch Versorgungsempfängerinnen und -empfänger müssen vom vereinbarten Inflationsausgleich profitieren.

Zum anderen sind die sogenannten Anpassungsgesetze, die Gesetze, mit denen die Ergebnisse für den Beamtenbereich umgesetzt werden, immer auch eine Möglichkeit für die Dienstherren, an anderen Stell-schrauben zu drehen.

Beispielhaft ist hier der Bund zu nennen: Mit dem Anpassungsgesetz für den Tarifabschluss des Bundes wurde für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz die Ruhegehaltfähigkeit der Zulagen wieder eingeführt und eine langjährige Forderung der GdP nach der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage umgesetzt. Ein großer Erfolg, der Strahlkraft für alle Länder, in denen die Polizeizulage noch nicht wieder ruhegehaltfähig ist, haben muss. Eine aktuelle Übersicht zum Stand der Umsetzung in den einzelnen Ländern findet Ihr hier. ■

WEITERE INFOS



Übertragung des Tarif-
ergebnisses auf die Länder
<http://tinyurl.com/bdf6z2f2>

Manfred Pfaff

Ordnungswidrigkeitenrecht für Polizei, Ordnungsbehörden und Verwaltung

1. Auflage 2021

Umfang: 192 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0893-9

Komprimiert und auf die wesentlichen Aspekte ausgerichtet, behandelt dieses Lehrbuch das Ordnungswidrigkeitenrecht, wie es in den Studiengängen für den Polizeivollzugsdienst und für den Verwaltungsdienst gelehrt wird. Bei dem Aufbau und den Inhalten des Buches orientiert sich der Autor dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Dr. Manfred Pfaff ist Lehrbeauftragter für Eingriffsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Frank Braun

Staatsrecht für Polizeibeamte

2. Auflage 2022

Umfang: 223 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 20,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0914-1

Dieses Lehrbuch behandelt die wesentlichen Gesichtspunkte des Staatsrechts für den Studiengang „Polizeivollzugsdienst“ und stellt diese in kompakter Form vor. Es erleichtert Studierenden die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtseinheiten und stellt vor allem eine effektive Hilfe für die Klausurvorbereitung dar. Die inhaltliche Zusammenstellung und der Aufbau des Werkes orientieren sich dabei am Curriculum der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



DER AUTOR

Prof. Dr. Frank Braun lehrt Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Eingriffsrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Innenleben

DGB-KAMPAGNE „VERGISS NIE, HIER ARBEITET EIN MENSCH“

Kompetent gegen Gewalt

Wer im Dienst für die Gesellschaft Gewalt erlebt, braucht schnelle und kompetente Unterstützung. In Dienststellen und Betrieben kommt dies noch immer oft zu kurz. Mit unserer Kooperation mit dem WEISSEN RING schließen wir diese Lücke durch unsere Hilfe-Hotline direkt für Betroffene und durch Angebote zum Aufbau wirksamer Prävention und Nachsorge am Arbeitsplatz.



Unter der **0800 116 006 0** können sich Beschäftigte nach Gewalterfahrungen Hilfe holen – bundesweit, kostenfrei und anonym.

Wie bekomme ich Hilfe?

- ▶ durch telefonische Beratung über die DGB-Hotline des WEISSEN RINGS unter 0800 116 006 0
- ▶ auf Wunsch durch einen persönlichen Kontakt mit dem WEISSEN RING in Wohnortsnähe
- ▶ durch konkrete Hilfsangebote: individuelle Unterstützung vor Ort oder Vermittlung an externe Beratungsstellen und Netzwerkpartner

Infos

- ▶ Was ist der WEISSE RING?

- ▶ Welche Hilfe leistet der WEISSE RING für Opfer von Gewalt?
- ▶ Für wen ist die Hotline?
- ▶ Was passiert bei einem Anruf bei der Hotline?
- ▶ Erfahren Arbeitgeber/Dienstherren von einem Anruf bei der Hotline?
- ▶ Erfolgt die Unterstützung durch den WEISSEN RING anonym?

Ziele der Kooperation

Ziel der Zusammenarbeit ist, ein Klima zu schaffen, in dem betroffene Beschäftigte zum Reden ermutigt werden, auf einen offenen und empathischen Umgang ihrer Vorgesetzten treffen und ein niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot bekommen.

Weitere Angebote und Informationen

Neben der Hotline bieten wir im Rahmen der Kooperation bald Seminare und Workshops rund um Themen der Opferhilfe und Prävention an.

WEITERE INFOS



Download Flyer zu allen Angeboten
tinyurl.com/39s9t3td



Nähere Informationen auf der DGB-Kampagnenseite
mensch.dgb.de/hilfe/

PRÜFUNGSTRAINING VERKEHRSRECHT

Von **Thomas Miethe** und **Patrick Kiehne**.

FÜR DAS GRUNDSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: 106 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 18,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0919-6

FÜR DAS HAUPTSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: 144 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 22,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0917-2



Mit diesen Büchern können Sie sich gezielt auf eine Klausur oder andere Prüfung im Verkehrsrecht vorbereiten. Anschaulich und kompakt werden Sie mit Hilfe von Erläuterungen, Grafiken, Klausurbeispielen und Übungen optimal auf ihre Prüfung vorbereitet. Die Autoren orientieren sich inhaltlich dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW. Der Schwerpunkt in der Darstellung liegt dabei auf den klassischen klausurrelevanten Problemstellungen.

DIE AUTOREN

Thomas Miethe, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.

Patrick Kiehne, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben



Ein toller Stadionrundgang für die GdP-Mitglieder. Auch die Interviewzone der Spieler gehörte dazu. Katrin Kuhl (Mitte) vom Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand inmitten der Tippspielsieger.

PREMIEREN ZUM ABSCHIED

Spannende Stunden in der größten Fußball-„Schüssel“ Deutschlands

Grau und verregnet präsentierte sich die Westfalenstadt Dortmund im vorweihnachtlichen Trubel den stolzen Gewinnern des Fußball-Tippspiels der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Das Match der heimischen Borussia mit dem Bundesligaspitzenteam Rasenball Leipzig brachte jedoch Glanz in die Arena mit den meisten Zuschauerplätzen in Deutschland. Obwohl der gewerkschaftsinterne sportliche Wettbewerb schon 2015 ins Leben gerufen worden war, gab es in diesem Spätherbst zwei Premieren.

Wolfgang Schönwald

Der Einzelsieger der Bundesligasaison 2022/23, Lukas Kremer aus Hessen, betrat erstmals den Hexenkessel Signal Iduna Park. Und die Gewinner der Teamwertung, Mathias Dettmer und Benjamin Haack aus Niedersachsen, konnten zum zweiten Mal unter der Erfolgsmarke „DeisterBVB“ den Mannschaftspreis – ein VIP-Wochenende – abräumen. Herzlichen Glückwunsch allen drei Kollegen!

Wie immer in all den Jahren hatte das „Protokoll“ einen engen Zeitplan für das außergewöhnliche Wochenende gestrickt. Bereits mehr als vier Stunden vor dem Anpfiff der Partie um 18.30 Uhr standen die eingefleischten GdP-Fußballfans am Samstagmittag vor den Stadioneingängen. Ein exklusiver Rundgang durch die mehr als 81.000 Zuschauer fassende Arena, in der es noch vollkommen still war, stand zunächst auf dem Programm. Völlig untypisch hallte jedes Geräusch durch das weite Rund, unterbrochen von Wortfetzen und Ansagen fleißiger Organisatoren und Helfer im Hintergrund.

Einmal auf der beheizten Auswechselbank sitzen

Durch einen unscheinbaren Seiteneingang des imposanten Areals, geführt von Andreas Krunke aus der Marketingabteilung der SIGNAL IDUNA Gruppe, standen die drei Sieger, die von Katrin Kuhl vom veranstaltenden Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP begleitet wurden, bald im schmalen gelb-schwarz dekorierten Spielertunnel.

Jedes Wort hallte nach. Nur ein paar Schritte weiter das Spielfeld mit der modernen Rasenheizung samt der beheizbaren Spielerbänke und der Coaching-Zonen. Auf engstem Raum, wie allwöchentlich bei Fußballübertragungen im Fernsehen zu erleben, ist also der Platz für Trainer, Auswechselspieler, Betreuer und Funktionäre, wo bei hitzigen Spielsituationen Emotionen sich ebenfalls jenseits der Seitenlinie entwickeln. Auch jeder Schritt als Stadiongast muss hier bedacht werden. Vorsicht, nicht die Spielfläche betreten, wird auf einem Schild gemahnt. Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen bewachen den sogenannten Hybridrasen, eine Mischung aus Kunstrasen und echtem Gras, der nach dem Spiel zur Erholung der Pflanzen dann noch beleuchtet wird.

Bayern-Fan blickt hinter Dortmunds Kulissen

Kriminaloberkommissar Lukas Kremer zeigte sich beeindruckt. „Ich war schon in einigen Stadien, aber Borussia Dortmund mit ihrer gelb-schwarzen Wand, gefüllt mit mehr als 25.000 Zuschauern dicht an dicht, zählte noch nicht dazu“, meinte er. Für den 27-jährigen, seit 2015 GdP-Mitglied, hat seine Gewerkschaft diesen Blick hinter die Kulissen einer deutschen Spitzenmannschaft ermöglicht. Dank seiner sehr guten Tipps hatte der Bayern-München-Anhänger („solange ich denken kann“) fast die gesamte Rückrunde über den ersten Platz gegen die mehr als 800 Konkurrenten im Wettbewerb verteidigt.

„Vielleicht war es ein gutes Omen, dass ich bereits am ersten Bundesligaspieltag der vergangenen Saison zu denjenigen gehörte, die die meisten Punkte erzielten. Damals fehlte das Quäntchen Glück bei der Auslosung des Siegers unter den Punktgleichen“, blickte Lukas zurück, der nun zusammen mit seinem Kollegen Tobias Gößling den Hauptgewinn feierte.

Ein kleines Päschen. Diesmal auf den allseits bekannten Trainerbänken unmittelbar am Spielfeldrand. „Im Gegensatz zu den Übungsleiterstühlen in den unteren Ligen richtig bequem. Aber sie können, wie oft gesehen, schnell zum Schleudersitz werden“, lautete der Tenor der Gäste beim Beschauen.

Beim Erforschen der weitverzweigten Gänge in den Katakomben stand die GdP-Truppe dann in der Interviewzone. Dort hat

jeder TV-Sender, der die Bundesligaspiele live oder in Zusammenfassung ausstrahlt, seinen Platz, je nach Rechteerwerb. Ganz in der Nähe der Raum der Pressekonferenz für die Statements der Trainer nach Spielabschluss.

„VIP-Stunden sind etwas ganz Besonderes“

Für die Mannschaftssieger beim GdP-Tippen fühlte sich dieser Rundgang durch das Stadioninnere wie ein Heimspiel an. Beide Fußballenthusiasten sind schon seit Langem BVB-Anhänger. Als Team „DeisterBVB“ gewannen der 41-jährige Benjamin Haack und der 43-jährige Mathias Dettmer aus Niedersachsen die Teamwertung bereits in der Saison 2019/2020. „Dass wir noch mal uns gegen alle anderen Mannschaften durchsetzen konnten, freut uns umso mehr. Auch wenn wir oft im Westfalenstadion sind, ist dieser VIP-Tag etwas ganz Besonderes“, sagten Benjamin, der aus der Rattenfängerstadt Hameln stammt, und Mathias aus Springe. Was beiden Polizisten Sorgen bereitet, ist die dramatische Entwicklung der Gewalt rund um den Fußball. „Leider ist das ein allgemeines gesellschaftliches Problem“, sagte Benjamin. Dazu zählen auch in Stadien geplante Hasskampagnen gegen uns Polizisten“, ergänzte Mathias.

Nach gut einer Stunde erreichten die Gewinner den VIP-Bereich. Der ganz gemütliche Teil des Ausflugs begann. Zunächst mit einem Blick auf die Nachmittagsspiele der



Exklusiver Schnappschuss in die Kabine von Rasenball Leipzig drei Stunden vor dem Anpfiff. Tippspiel-Einzelsieger Lukas Kremer durfte nach einem kurzen Gespräch mit einem Mannschaftsbetreuer ein Selfie zur Erinnerung machen.

Bundesliga in Konferenzschaltung. Nach einer Stärkung und einem Kaltgetränk waren die GdP-Mitglieder fit für den abendlichen Höhepunkt, live auf der Tribüne. 93 Minuten Spannung und fünf Tore. Und in der „dritten“ Halbzeit die angeregte Auswertung der Tippexperten. ■

Liebe Mitglieder,

dieses Fußball-Gewinnspiel war das letzte seiner Art. Das GdP-Tippspiel ist trotz unterstützender Maßnahmen nie richtig in Schwung gekommen, so dass der organisatorische Aufwand hinter den Kulissen über die Zeit zu hoch geworden ist. Wir danken allen Tipperinnen und Tippfern für ihre Treue.

Nach dem Motto „Niemals geht man so ganz“ werden die GdP-Vertreter und ihre Partner jedoch sehr bald die Köpfe zusammenstecken und eine neue attraktive Gewinnmöglichkeit für alle Mitglieder ausknobeln. Wir werden auf allen Kanälen berichten, wenn etwas spruchreif geworden ist.



Ein besonderes Highlight: Unsere Polizisten nahmen auf den Trainerstühlen im Raum der Pressekonferenz Platz. Wer hat schon mal diese Möglichkeit!

REISEMARKT

ANZEIGE

Büsum - Nordseeküste

Gemütliche Ferienwohnung, neu renoviert, ruhige Lage, Strandnähe, ca. 3 Minuten zur Gehstraße
sandra.knueppel@gmx.de oder 0172/1561290

Hingeschaut



BUNDEJUSTIZMINISTER BUSCHMANN UND GdP-BUNDESVORSITZENDER KOPELKE IM GESPRÄCH

Justiz und Polizei in engem Austausch

Bei einem persönlichen Austausch Ende November im Bundesjustizministerium nutzten der GdP-Bundessvorsitzende Jochen Kopelke und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) die Gelegenheit, sich sowohl über verbindende als auch gegensätzliche Standpunkte auszutauschen.

Jeldrik Grups

Die Liste der Sachverhalte reichte von antisemitischen Straftaten, den rechtlichen Herausforderungen bei der Bewältigung einschlägiger Versammlungslagen in der gesamten Bundesrepublik bis zu den offenbar weiterhin stockenden Plänen der Bundesregierung zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung.

Das Treffen kam vor dem Hintergrund von Presseveröffentlichungen beider Spit-

zenvertreter mit wechselseitigen Bezügen zustande. Der Minister äußerte sich beispielsweise in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ zur Polizeiarbeit, insbesondere mit Blick auf den aus seiner Sicht erforderlichen Umgang mit Straftaten, insbesondere im Kontext von antisemitischen Vorfällen und Versammlungslagen, die das demokratische Gefüge bedrohen. Dabei betonte er die Notwendigkeit, Personalien festzustel-

len und Beweismittel zu sichern, um Täter zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen – selbst bei großen Versammlungen, wo dies nicht immer einfach sei.

Ein kontroverses Thema, das im Gespräch zwischen Buschmann und Kopelke aufkam, war die sogenannte Vorratsdatenspeicherung – seit Langem bekanntermaßen eine zentrale GdP-Forderung. Die Diskussion der beiden hierzu verlief konstruktiv, aber auch kontrovers. Nun bleibt abzuwarten, ob und wie das für die Aufgabenerfüllung der Polizei zentrale Thema von den politischen Verantwortungsträgern in der Bundesregierung weiterentwickelt wird.

Ein zentrales, beide Gesprächspartner gleichermaßen umtreibendes Anliegen, und somit ebenfalls Gegenstand des Gesprächs im Justizministerium, stellt der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland dar. Minister Buschmann und Kopelke bekräftigten jeweils die höchste Priorität von Polizei und Justiz, diese besondere Aufgabe wahrzunehmen.

Das gemeinsame Treffen verdeutlichte mithin, dass trotz unterschiedlicher Ansichten zu bestimmten Themen, die Zusammenarbeit und der kontinuierliche Austausch zwischen Polizei und Justiz zur Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen im Vordergrund steht. ■

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...



Die Polizeipistolenfamilie SFP9

Ein ausgereiftes und bewährtes polizeiliches Waffensystem [\[mehr erfahren\]](#)

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an!

Keine Ausgabe mehr verpassen mit einem Abonnement!

Die POLIZEIPRAXIS kommt bequem zu Ihnen nach Hause. Mit einem Abonnement zum Preis von 15,00 Euro (zzgl. 4,70 Euro Versand inkl. MwSt.) pro Jahr erhalten Sie zweimal jährlich die POLIZEIPRAXIS.

Jetzt auch
in der DP-App!
Erhältlich in den App-Stores
oder direkt hier herunterladen:



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail:

info@polizeipraxis.de
bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

Hingeschaut

DEUTSCHER VERKEHRSEXPERTENTAG

Vision Zero



In Deutschland sterben jedes Jahr mehr als 2.500 Menschen im Straßenverkehr. Wie kann man das künftig verhindern? Der 21. Deutsche Verkehrsexpertentag 2023 mit dem Thema: „Vision Zero konkret – Schwere Unfälle und Unfallprävention“ hat Antworten.

Peter Schlanstein

Das Straßenverkehrssystem soll die Verkehrsteilnehmer zu sicherem Verhalten anleiten und sie vor schwerwiegenden Folgen normaler Fehler schützen. Die Orientierung an der Vision Zero bietet daher eine Gefahrenvorsorge, indem bereits präventiv Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ergriffen werden und nicht erst bei einer nachteiligen Entwicklung des Unfallgeschehens.

Tempo runter!

Anders ist bis heute die Verkehrspraxis in Deutschland: Tempo 50 innerorts, Tem-

DP DIGITAL



**Jetzt auch
in der
DP-App!**

DP „to go“!

**Die DP-App für Smartphone und Tablet –
die mobile Alternative zu eurer Mitglieder-Zeitschrift**

Die digitale DP steht als App in den Stores als iOS- und Android-Version unter „DP DEUTSCHE POLIZEI“ zur Verfügung. Das digitale GdP-Mitgliedermagazin ist für die meisten Endgeräte optimiert und bietet somit einen sehr guten Lesekomfort. Selbstverständlich sind neben dem Bundesteil alle Landes- und Bezirksjournale dort abrufbar.



Laden im
App Store



JETZT BEI
Google Play



**Gewerkschaft
der Polizei**

po 100 auf Landstraßen, kein Tempolimit auf etwa 70 Prozent der Autobahnen. Häufige Geschwindigkeitsverstöße sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Allerdings ist die Geschwindigkeit nachweislich die entscheidende Größe für das Entstehen von Unfällen mit Schwerverletzten und Getöteten. Wer das ernst nimmt, muss laut Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V. (VOD) unbedingt an diesen Stellschrauben drehen: Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts, Tempo 80 auf Landstraßen und ein generelles Tempolimit auf Autobahnen. Die Senkung der Geschwindigkeiten würde die Wirksamkeit weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit deutlich steigern. Dies war auch der Tenor beim 21. VOD-Verkehrsexpertentag unter Schirmherrschaft von NRW-Innenminister Herbert Reul Ende September 2023 in der Polizeihochschule Duisburg.

Überholdruck vermeiden

Knapp 60 Prozent der bei Verkehrsunfällen in Deutschland Getöteten kommen auf Landstraßen ums Leben. Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Landstraßen ist durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 Stundenkilometer erwartbar. Auf entsprechend ausgebauten Straßen kann auch

Tempo 100 zulässig sein. Um einen Überholdruck zu vermeiden, soll die Regelgeschwindigkeit für Pkw und Lkw gleichermaßen bei 80 Stundenkilometern liegen.

Regelgeschwindigkeit: Tempo 30

Aktuell aufgegriffen wurde von der Verkehrsministerkonferenz die Forderung nach mehr Handlungsfreiheit für Tempo 30 in den Städten. Die Anordnung von Tempo 30 soll unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsteilnehmenden erweitert werden und flexibler zu gestalten sein. Damit soll Tempo 30 zwar nicht überall gelten, aber die Beweislast wäre umzukehren. Heute müssen die Städte sich abmühen, um zu begründen, warum Tempo 30 angeordnet werden soll und darf. Prof. Bernhard Schlag, Präsident des Wissenschaftlichen Beirats der VOD, wünscht sich eine Umkehrung des bisherigen Verfahrens: Tempo 50 müsste einer besonderen Begründung bedürfen, Tempo 30 wäre die Regelgeschwindigkeit.

Klein, aber entscheidend

Niedrigere und gleichmäßigere Fahrgeschwindigkeiten seien ein wesentlicher

Faktor eines resilienten Verkehrssystems, das Fehler verzeihen beziehungsweise kompensieren kann. Wer Fehler kompensieren möchte, benötige dazu Zeit. Diese gewinnt man, indem die Geschwindigkeit moduliert, das heißt, gleichmäßiger gestaltet werde. So habe, wer bei einer Annäherung mit 30 Stundenkilometern sein Fahrzeug noch gerade rechtzeitig vor einem querenden Fußgänger zum Stehen bringe, bei einer Annäherung mit 50 Kilometern pro Stunde am Auftreffpunkt meist noch nicht mit dem Bremsen begonnen. Innerorts gehe es nur um kleine Beiträge, die aber ganz entscheidend sein können, sehr schwere Verletzungen insbesondere bei Radfahrenden oder zu Fuß Gehenden zu vermeiden.

Verkehr soll weiter fließen

Wie verhält sich die Verkehrspolitik in Deutschland dazu? Schon in der Vergangenheit setzte sie sich zwar hehre Ziele, wie für das Verkehrssicherheitsprogramm 2010 bis 2020, das heißt eine Reduzierung der Zahl der Getöteten um 40 Prozent. Erreicht worden sind aber nur 25 Prozent. Die Politik verfehlt damit ihre Ziele und zieht daraus ersichtlich keine nennenswerten Konsequenzen. Wer bei der von der Bundesregierung vorgelegten Zehnten Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) sowie dem Entwurf der neuen Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften eine stärkere Ausrichtung an der Vision Zero im Sinne einer Gefahrenvorsorge erwartet hat, sieht sich weitgehend enttäuscht. Denn wenn im Gesetzestext wie in Deutschland seit Jahrzehnten praktiziert formuliert wird, dass alle Maßnahmen weiterhin die „Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs“ berücksichtigen müssten, bedeutet dies vor allem die Beibehaltung des Vorrangs des Autoverkehrs.

Qualifizierte Gefahrenlage

Auch künftig soll der fließende Kraftfahrzeug-Verkehr regelmäßig nur beschränkt werden dürfen, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine qualifizierte Gefahrenlage besteht. Für Tempolimits sind nur wenige Ausnahmen vorgesehen: Ohne eine konkret bewiesene Gefahrenla-



ge soll innerorts Tempo 30 nur zulässig sein vor Spielplätzen, Schulwegen und Fußgängerüberwegen sowie für Sonderspuren, die zur Erprobung neuer Mobilitätsformen angeordnet werden. Noch kleinteiliger ist die Neuerung, nach der zwischen bestehenden Tempo-30-Strecken nun Lücken bis zu 500 Metern geschlossen werden dürfen, wo dies bislang nur bei Lücken bis zu 300 Metern erlaubt war. Damit hat die Reform eine Chance verpasst, veraltetes Denken zu überwinden, das im Ursprung des StVG als „Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen“ – in teilweise seit 1909 bis heute wortgetreu geltenden Formulierungen – auf die Kaiserzeit zurückzuführen ist.

Vorrang für Gefahrenabwehr

Die von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland vorgegebene Schutzpflicht des Staates muss im Verkehrssektor stärker zur Geltung kommen. Der Gesetzgeber hat dazu die Weichen zu stellen. Bund, Länder und Kommunen haben den Stellenwert der Verkehrssicherheit zu erhöhen. Das Alkoholverbot am Steuer sollte beispielsweise auf alle Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer erweitert und konsequent durchgesetzt werden. Die VOD fordert, bei riskantem Verhalten (beispielsweise bei Tempoverstößen in Bereichen mit großem Fußgänger-Querverkehr) die Generalprävention zu stärken. Im internationalen Vergleich erscheint das Bundesgebiet nach wie vor als ein „Billigland für Knöllchen“. Mit einem Bußgeld ab 60 Euro für eine Tempoüberschreitung von 20 Stundenkilometern oder ab 90 Euro für einen Rotlichtverstoß bleibt Deutschland deutlich im unteren Bereich eines europäischen Rankings der Sanktionshöhen. So „kosten“ Geschwindigkeitsüberschreitungen von 20 Kilometern pro Stunde in Norwegen mindestens 585 Euro, in Schweden 215 Euro, in Finnland 200 Euro, in den Niederlanden 195 Euro sowie in der Schweiz 180 Euro und in Italien 175 Euro.

In Deutschland hängt bislang die Sanktionswaage schief, wenn man Strafen bei allgemeiner Kriminalität wie Diebstahl oder Körperverletzung mit Sanktionen bei Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr vergleicht, dies sogar unter Gefährdung oder Schädigung anderer. Das verleiht in der Bevölkerung teilweise zu einer



verzerrten Wahrnehmung: Opfer des Straßenverkehrs werden zu häufig ausgeblendet und damit auch das Leid der Verunglückten – nicht nur bei Verkehrsunfalltoten, sondern auch bei körperlichen oder psychischen Verkehrsunfallfolgen, die teilweise lebenslang andauern.

Wenn Regelungen bestehen, die extrem häufig nicht eingehalten werden, wird ein Rechtssystem nicht ganz ernst genommen. Doch auch im Straßenverkehr würden spürbare Sanktionen, die über eine überschaubare Geldbuße oder ein „Knöllchen“ hinausgehen, keine schnell verpuffende, sondern eine nachhaltige Wirkung entfalten. Aber die bislang vergleichsweise niedrigen Beiträge, die zudem nur für den Entdeckungsfall erhoben werden, entsprechen eher einem „Intercity-Tarif“ für schnelleres Vortwärtkommen.

Die Durchsetzung des Verkehrsrechts beruht darauf, Fahrzeugführern das Gefühl zu vermitteln, dass sie bei Verstößen gegen die Vorschriften mit hoher Wahrscheinlichkeit entdeckt und bestraft werden. Leider nimmt – laut Europäischem Verkehrssicherheitsrat (ETSC) – auch hier Deutschland im europäischen Vergleich einen nachrangigen Platz ein. Verstöße, wie Tempoüberschreitungen, die in direktem Zusammenhang mit Kollisionen oder der Schwere der Unfallfolgen stehen, werden hierzulande mit jährlicher Anzahl von 34 Strafzetteln pro 1.000 Einwohner (drittletzte Position unter den EU-Staaten) verfolgt, in Österreich dagegen mit 560 pro 1.000 Einwohner. Das bedeutet, in Deutschland wird jeder 30. Mensch einmal jährlich wegen eines Tempoverstoßes sanktioniert, in Österreich dagegen mehr als jeder zweite. So liegt in Deutschland die Wahrscheinlichkeit, wegen Verstößen gegen Temporegeln er-

wischt zu werden, nur auf einem sehr niedrigen Niveau.

Diese Erkenntnisse geben nicht nur einen Hinweis auf die zu geringen Erwartungen von Polizeikontrollen und -sanktionen bei Verstößen, sondern weisen angesichts noch immer hoher Unfall- und Verunglücktenzahlen darauf hin, dass eine grundlegende Überarbeitung der Kontrollpraxis und Sanktionshöhen in Deutschland ratsam wäre.

An der Zeit zu handeln!

Am 29. September 2023 hat der Bundesrat in seiner Stellungnahme zur Änderung des StVG vorgeschlagen, es sei das Ziel zu berücksichtigen, „dass niemand durch Verkehrsunfälle sein Leben verlieren oder schwer verletzt werden soll (Vision Zero).“ Durch die angestrebte Verankerung auf Gesetzesebene soll die besondere Bedeutung der Vision Zero hervorgehoben und zu einer Maxime in der behördlichen Praxis erhoben werden. Den guten Absichten müssen jetzt Taten folgen, fordert die VOD. Sie erwartet von den politischen Entscheidungsträgern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, dass sie ihre Verantwortung übernehmen und tun, was getan werden muss. Dazu macht die VOD auch neue Vorschläge zur Verkehrssicherheit, um eine Stagnation der Zahl der am schwersten Verunglückten zu verhindern.

Die Vision Zero, das utopisch anmutende Ziel von null Verkehrstoten im Jahr 2050, erscheint heute in weite Ferne gerückt. In der Zwischenzeit gibt es jeden Tag immer noch viele Verkehrstote. Viel zu viele. Deshalb: Schluss mit dem Zögern, jetzt wird gehandelt! ■

Hingeschaut

CYBERGROOMING – TEIL 2

Die Opfer



Jürgen Fährstet/stock.adobe.com

Der größte Raum für Straftaten befindet sich immer in unserer unmittelbaren Nähe: im Smartphone. Das Spektrum ist riesig und reicht von Phishing-Mails über Hatespeech bis hin zu Cybergrooming. Teil 2 der Serie beleuchtet dieses Phänomen mit Blick auf die Opfer.

Tom Kattenberg

Opfergruppen

Vulnerable Opfer

In die Gruppe der vulnerablen Opfer fallen insbesondere Minderjährige, die aufgrund familiärer Probleme ein besonders hohes Bedürfnis an Zuneigung haben und darüber hinaus schüchtern, allein, bedürftig und unglücklich sind. Täter und potenzielles Opfer diskutieren ihre täglichen Probleme mit dem Gedanken, dass sie den Alltag zusammen

besser meistern und sich gegenseitig unterstützen können. Es entsteht eine Art Beziehung zwischen Täter und Opfer, die darin mündet, dass das Opfer aus Angst über den Missbrauch schweigt, weil der Kontakt ansonsten abbrechen könnte.

Risikofreudige Opfer

Sie sind extrovertierter, selbstbewusster und kontaktfreudiger als die vulnerablen Opfer und suchen durchaus eigeninitiativ sexuel-

le Abenteuer. Dazu nutzen sie mitunter explizit sexualisierte Usernamen und/oder laden aufreizende Bilder in den sozialen Medien hoch. Die Interaktionen werden teilweise von den potenziellen Opfern selbst ins Sexuelle gelenkt, was einige Täter/Täterinnen als generelles Einverständnis für weitere sexuelle Handlungen sehen. Auffällig ist, dass die als selbstbewusst und risikofreudig beschriebenen Opfer in Face-to-face-Situationen nicht mehr dieses Selbstvertrauen haben. In Fällen, in denen sich das potenzielle Opfer und der Täter real getroffen haben, waren die Opfer oftmals introvertiert und schüchtern.

Resiliente Opfer

Resiliente, also widerstandsfähige Opfer wissen im Verhältnis zu den anderen Opfertypen mehr über die Risiken im Internet, tauschen keine Telefonnummern aus, weisen selbstbewusst Cybergroomer zurück und informieren auch Dritte über den Cybergrooming-Vorfall. Das heißt aber nicht,



Kriminaloberkommissar Tom Kattenberg ist bei der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern tätig, seit 2017 im LKA. Derzeit ist er ins Innenministerium abgeordnet und für die Themenbereiche Kriminalprävention und Opferschutz zuständig. Er studierte an der Uni Hamburg Kriminologie und publiziert zu den Themen Polizeiwissenschaft, Cyberkriminologie und soziale Kontrolle. Er ist zudem Dozent für Kriminologie an der HS Mannheim.

QUELLENANGABEN



Cybergrooming – eine unterschätzte Gefahr

<http://tinyurl.com/5yc2asb8>

dass sie ihre Sexualität nicht auch im Internet erkunden, aber sie kennen die Gefahren besser und gehen so weniger Risiken ein. Anhand dieser resilienten Opfer werden am Schluss dieses Artikels Maßnahmen abgeleitet, um Cybergrooming-Delikte zukünftig besser zu verhindern.

Folgen von Cybergrooming

Zu den unmittelbaren Folgen können der Verlust der Fähigkeit, einer Person zu vertrauen, schwere Schäden am Selbstwertgefühl und Probleme beim Aufbau emotionaler Bindungen gehören. Langfristige Folgen können zu Depressionen oder sogar Suizidversuchen führen.

Das Argument, dass das Opfer den Kontakt zum Täter einfach abbrechen könne, verkennt dabei zweierlei Faktoren: Zum einen ist insbesondere bei Intimitätsstärken und vulnerablen Opfern ein Abhängigkeitskonstrukt vorhanden, und zum anderen kann, wenn kompromittierende Medien versendet wurden, eine Erpressungssituation entstehen, die einen Abbruch des Kontakts erschwert. Genau das ist bei Ayleen und Jan P. passiert: Er erpresste sie und drohte so lange, bis sie einem Treffen zustimmte.

Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger

1. Strafverfolgungsdruck erhöhen

Auch wenn der normative Ansatz aus kriminologischer Sicht oftmals ein Irrweg ist und härtere Strafen eben nicht zu weniger Kriminalität führen, ergibt sich für den digitalen Raum eine Besonderheit: Der digitale Raum und insbesondere soziale Medien sind kein rechtsfreier, sondern ein rechtsdurchsetzungsfreier Raum. Das heißt, das Problem sind nicht primär fehlende Strafnormen, sondern vielmehr, dass die gültigen Normen und Gesetze im Internet nicht zu gelten scheinen und Taten nicht zur Anzeige gebracht werden. Daher ist es wichtig, dass zum einen das Unrechtsbewusstsein auch für digitale Phänomene wie Cybergrooming geschärft wird und zum anderen die Polizeipräsenz erhöht wird.

Lösungen können zum Beispiel mehr Investitionen in die IT-Ermittlung und IT-Forensik sein. So scheint der Aufbau einer „Cyber-Hundertschaft“ in der Landespoli-

zei Schleswig-Holstein der richtige Weg zu sein, um digitale Polizeiarbeit voranzubringen. Eine andere Idee sind die Online-Kinderwachen von Thomas-Gabriel Rüdiger. Das Grundprinzip besagt, dass die Hilfe für Kinder und Jugendliche da sein muss, wo sie sich aufhalten: im Netz. Dort können sie sich rund um die Uhr an Fachpersonal (Polizei, Pädagoginnen, Jugendpsychologinnen) per Chat wenden. Es bedarf klarer, kreativer und neuer strafrechtlicher sowie polizeilicher Wege im digitalen Raum, um die Internetnutzer/Internetnutzerinnen im Allgemeinen vor Cyberkriminalität und Minderjährige im Besonderen vor Cybergrooming zu schützen beziehungsweise adäquate Taten strafrechtlich zu verfolgen.

2. Digitale Resilienz erhöhen

Eins vorweg: Gerätekompetenz ist nicht Medienkompetenz. Ja, viele Kinder und Jugendliche beherrschen Smartphones, Tablets und Notebooks. Sie verstehen, wie die Technik funktioniert, aber nicht, welche Möglichkeiten sich auch für strafbare Handlungen ergeben. Das Gleiche gilt für Eltern, Lehrende und Polizeikräfte: Viele wissen gar nicht, erstens, was Kinder im Internet machen und zweitens, was es alles für Delikte gibt. Deswegen ist digitale Resilienz, also Kinder und Jugendliche widerstandsfähiger zu machen, so wichtig.

Zur digitalen Resilienz gehört deshalb eine digitale Aufklärung, da auf diesem Wege eine Vielzahl von Angriffen vermieden beziehungsweise abgewehrt werden kann. Das Ziel ist die Entwicklung resilienter Strukturen mittels eines kritischen und reflexiven Umgangs mit den Herausforderungen im digitalen Raum.

Der Schutz Minderjähriger wird maßgeblich durch die Förderung von Medienkompetenz vorangetrieben, da nach wie vor der Mensch die größte Schwachstelle im Internet und in den sozialen Medien darstellt. Medienkompetenz wird hier als komplexe Kompetenz zur ethischen, (selbst-)kritischen und selbstregulativen Mediennutzung verstanden.

Bei der reflexiven digitalen Resilienz geht es genau darum: Sich Gedanken darüber zu machen, was für Daten/Inhalte in sozialen Medien geteilt werden und was daraus für Konsequenzen erwachsen können. Diese Form der Resilienz hat einen nicht straf-

rechtlichen Präventionscharakter, denn es geht um die Frage, wie der Eintritt von möglichen Schadenslagen proaktiv verhindert werden kann.

Die Entstehung von Cybergrooming kann durch eine gesteigerte digitale Resilienz nicht vollständig eliminiert, jedoch zumindest reduziert werden. Im Rahmen einer digitalen Resilienz ist es kontraproduktiv, Kindern strikte Verbote bezüglich der Internetnutzung und sexueller Themen aufzuerlegen. „Digitale sexuelle Aufklärung ist dabei kein einmaliges Gespräch, welches Eltern, Lehrende et cetera hinter sich bringen müssen, sondern ein ständiger Sozialisationsprozess, in dem altersgerechtes Wissen über Sexualität vermittelt werden sollte“.

Neben diesen Individualkompetenzen bedarf es natürlich auch Strukturen, die die Kinder und Jugendlichen widerstandsfähiger machen. Das heißt, es bedarf der Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule, es braucht (digitale) Angebote, um Wissen zu vermitteln, aber auch Hilfeleistungen, falls es bereits zu verdächtigem Verhalten oder Übergriffen in sozialen Medien gekommen ist.

Digitale Resilienz geht weit darüber hinaus, nur über mögliche Gefahren zu informieren. Sie umfasst ferner die praktische Relevanz, dass

- ▶ **der Staat Strukturen schafft, die digitale Resilienz begünstigen, er, wenn nötig, Initiative in der Gesetzgebung und Umsetzung zeigt;**
- ▶ **die digitale Polizeiarbeit vorangetrieben wird,**
- ▶ **Unternehmen in Verantwortung genommen werden sowie**
- ▶ **die Medienkompetenz aller Bürger und Bürgerinnen, egal welches Alters, gefördert wird.**

Nur wenn wir den Schutz der Kinder und Jugendlichen als ganzheitlichen Prozess sehen, kann ein wirksamer Schutz vor digitalen Straftaten wie Cybergrooming erfolgen. ■

Hingeschaut

EXTREMISMUS

Logik der Angst

Über die Gründe für den Aufstieg radikaler Parteien und die Akzeptanz der dahintersteckenden Einstellungen wird viel spekuliert. Peter R. Neumann analysiert in seinem neuesten Buch die ideologischen Wurzeln rechter Bewegungen.

Thomas Gesterkamp

Nach dem Massaker der palästinensischen Hamas in Israel, aber auch schon während der Anschlagsserie des „Islamischen Staates“ in Europa tauchte sein Gesicht ständig auf deutschen Fernsehschirmen auf: Peter R. Neumann, Professor für Sicherheitsstudien am King's College in London, ist ein ausgewiesener Experte zu den Themen Terrorismus und Extremismus. In seinem neuen Buch „Logik der Angst“ gibt der Politikwissenschaftler einen fundierten, aber dennoch gut lesbaren Überblick über „die rechtsextreme Gefahr“ und ihre Ursachen.

NSU, Breivik, AfD

Neumann schlägt bewusst einen großen Bogen: Auf Deutschland bezogen geht es um den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ NSU, um den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, um die Anschläge gegen migrantische und jüdische Deutsche in München, Halle und Hanau, aber auch um die (bis zu einem vereitelten Putsch gehenden) Pläne der sogenannten Reichsbürger. Im weltweiten Kon-

text bezieht sich der Autor unter anderem auf die Massenmorde des Norwegers Anders Breivik in Oslo und Utøya, auf den Amoklauf im kanadischen Toronto und das Attentat im neuseeländischen Christchurch. Mit Sorge beobachtet er die in vielen Ländern zu verzeichnenden Wahlerfolge radikaler Parteien und autoritärer Politiker, ob in den USA, Brasilien, Ungarn, Schweden oder Italien. Für diese Entwicklung steht in Deutschland das Umfragehoch der rechtspopulistischen AfD, das sich in wachsendem Maße auch in Wahlergebnissen manifestiert. „Im Zuge sozialer Proteste könnten die Gruppierungen zu einer umfassenden Bewegung zusammenfinden“, fürchtet Neumann; er sieht eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie.

Dringende Warnung

Der Extremismusforscher belässt es nicht bei der Beschreibung einzelner Strömungen. Er versucht zu erklären, wo ideologische Gemeinsamkeiten liegen, was etwa Alte und Neue Rechte, die identitäre Bewegung und christlicher Fundamentalismus, Reichsbürger und Verschwörungstheore-

tiker, die deutsche AfD und den französischen Rassemblement National verbindet. Seine Kernthese: Die tief liegende Ursache rechtsextremer oder zumindest rechtspopulistischer Einstellungen sei nicht der Hass auf Andersdenkende, sondern eine Logik der Angst. Untermauert von geschichtlichen Rückblicken und im internationalen Vergleich entsteht auf diese Weise eine Art Psychogramm, das der Autor zugleich als „dringende Warnung“ versteht.

Opposition zum Zeitgeist

Eine unterschätzte Grundstimmung, die die Weltsicht rechter Bewegungen bestimmt, ist Neumann zufolge der „tief sitzende Pessimismus“. Seit fast zweihundertfünfzig Jahren, seit den wegweisenden Revolutionen in Frankreich und Nordamerika, befinde sich die politische Rechte „in permanenter Opposition zum Zeitgeist und den Institutionen, die er hervorgebracht hat“. Die durch die Philosophie der Aufklärung beförderte liberale Moderne – mit ihren zentralen Werten wie Fortschritt, Universalität, Individualismus und Gleichheit – sei eine „historische Tiefenströmung“, die sich „trotz gelegentlicher Stauungen mit aller Wucht ihren Weg bahnt“. Es sei somit „nicht Stärke, sondern ein Gefühl der Schwäche, auf dem rechtsextreme Politikansätze und Mobilisierungsversuche aufbauen“.

Den Nährboden austrocknen

Das Spektrum reiche von sich zurückziehenden „Ängstlichen“, die von gesellschaftlichen Veränderungen und Zumutungen überfordert sind, bis hin zu hasserfüllter Aggression, wie sie etwa in Onlinemanifesten gegen Feminismus und „Kulturmarxismus“ zum Ausdruck kommt – und in extremen Fällen zu Attentaten oder Amokläufen führen kann. Neumanns wichtigster Rat an die Politik, an die Strafverfolgungsbehörden wie auch an zivilgesellschaftliche Organisationen: Man dürfe sich nicht darauf beschränken, diejenigen zu bekämpfen, die „bereits Rechtsextremisten sind“. Nur wer versuche, die (auf den ersten Blick noch weitgehend integrierten) „vermeintlichen Verlierer“ mitzunehmen und sich mit ihren Ängsten auseinanderzusetzen, könne „nachhaltig den Nährboden



Peter R. Neumann: Logik der Angst. Die rechtsextreme Gefahr und ihre Wurzeln

Rowohlt Berlin 2023, 208 Seiten, 22 Euro,
ISBN: 978-3737101837

austrocknen“, auf dem rechtes Gedankengut wachse und gedeihe.

An der Macht wenig erreicht

In den beiden letzten Kapiteln, in denen der Autor die wachsende Verankerung von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den internationalen Parteiensystemen beschreibt, kommt er zu einer auf den ersten Blick überraschenden Schlussfolgerung: An der Macht hat rechte Politik bislang relativ wenig erreicht. So konnten weder die österreichische FPÖ (in ihrer Koalition mit der konservativen ÖVP) noch der US-amerikanische Präsident Donald Trump die Zuwanderung wesentlich begrenzen oder ihrer (teils deklassierten) Wählerschaft Privilegien bei Sozialleistungen verschaffen. Die gegen die Auswirkungen der Moderne gerichteten Aktivitäten drückten sich in beiden Fällen kaum in „gesetzgeberischer Leistung oder Regierungshandlung“ aus. Wichtigster Effekt sei vielmehr die „Normalisierung rechtspopulistischer Narrative“: Die Gewöhnung an abwertende Stereotype, zum Beispiel über Geflüchtete oder andere Minderheiten, verschiebe die Grenzen des Sagbaren, schleichend würden extremistische Positionen auch in der Mitte der Gesellschaft salonfähig.

Neuer Nationalkonservatismus

Beobachter, die „bei jedem Wahlsieg rechter Parteien eine Rückkehr des Faschismus prophezeien, machen es sich zu leicht“, kritisiert Neumann. Unter westlichen Rechtsextremisten gebe es „heutzutage ein größeres Spektrum an Ideen und Einstellungen als je zuvor“. Stärker als in der Vergangenheit würden beispielsweise Natur- und Umweltschutzthemen angesprochen, teilweise auch der Umzug aus städtischen Metropolen in ländliche Räume praktiziert. In der programmatisch unterfütterten Vision eines neuen „Nationalkonservatismus“, exemplarisch sei dafür die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni, sieht der Verfasser die wichtigste Herausforderung. Die Zukunft demokratischer, am Interessenausgleich und an der Suche nach Kompromissen orientierter demokratischer Regierungssysteme steht für ihn ebenso auf dem Spiel wie die Perspektive. ■



Fly Frames/stock.adobe.com

EINSATZ

Verkehrsunfälle mit Wölfen

Die Zahlen bestätigter Nachweise von Wölfen steigen seit Jahren. Dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) zufolge wurden in den Jahren 2022/23 insgesamt 1.339 Wolfsindividuen nachgewiesen. Von 159 bundesweit tot aufgefundenen Wölfen waren 125 Opfer von Verkehrsunfällen. DP-Autor Alexander Kolb erklärt, was das künftig für die Polizei bedeutet.

Alexander Kolb

Wölfe unterliegen einem umfangreichen Schutzstatus. Nach internationalem Recht ergibt sich ihr Schutz aus dem Washingtoner Artenschutzabkommen sowie der Berner Konvention. Auf europäischer Ebene besteht Schutz über die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL). Die europäischen Vorschriften finden sich wieder im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Wölfe sind weder in Paragraph 2 des Bundesjagdgesetzes noch in den Jagdgesetzen der Länder als jagdbares Wild eingestuft.

Um den möglichen Szenarien bei Vorkommnissen mit Wölfen gerecht zu werden, reagierten die Bundesländer. Es wurden nahezu überall Regularien eingeführt, die verschiedene Möglichkeiten der Begegnung mit Wölfen regeln – auch bei Verkehrsunfällen. Dies soll am Beispiel von Rheinland-Pfalz beleuchtet werden.

Wolfsmanagementplan

Ein 2015 vom damaligen Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Wein-

bau und Forsten für Rheinland-Pfalz erlassener Wolfsmanagementplan regelte Szenarien beim Auftreten verhaltensauffälliger Wölfe und gab Verhaltensregeln bei der Begegnung mit den Tieren vor. Der Wolfsmanagementplan alter Fassung ließ jedoch in den Fällen Fragen offen, in denen etwa bei einem Verkehrsunfall ein Wolf derart verletzt wird, dass eine Heilung oder Weiterleben augenscheinlich ausgeschlossen erscheint.

Fehlender Handlungsspielraum

Hier blieb bislang außer der Information der zuständigen Stellen kein Spielraum zum Handeln für die Polizei oder andere Stellen, selbst wenn ein schwerstverletztes Tier Folge eines Verkehrsunfalls war. Ein unmittelbares polizeiliches Tätigwerden über die Initiierung einer Informationskette war für einschreitende Polizistinnen und Polizisten bislang in Rheinland-Pfalz nicht möglich. Das hätte bei sehr schwer verletzten Wölfen zu einem Konflikt führen können mit dem Tierschutzgedanken, wenn erkennbar keine Chancen für ein letztendliches Überleben des Tieres bestanden hätten, aber ein unmittelbares Erlösen des Tieres durch einen Schuss aus der Dienstwaffe nicht zulässig war. In anderen Bundesländern, etwa in Sachsen-Anhalt, gab es bereits entsprechende Regelungen als Hilfestellung.

Neuer Wolfsmanagementplan

Der im September 2023 in Rheinland-Pfalz veröffentlichte neue Wolfsmanagementplan beschreibt Fälle und Verletzungsmuster, die einschreitenden Polizeibeamtinnen und -beamten als Handlungsanhalt dienen sollen:

- Es ist der Unfallort aufzusuchen für eine Unfallaufnahme (Tatbestandsaufnahme). Eine Protokollaufnahme auf der Dienststelle, wie bei klassischen Wildunfällen, ist nicht zulässig. Auch ist eine Delegation an jagdausübungsberechtigte Personen nicht möglich.

- Ist das Tier verendet, erfolgt eine Unfallaufnahme und im Anschluss eine Absprache mit dem Koordinationszentrum Luchs und Wolf (KLUWO) über den Verbleib des Kadavers unter der angegebenen Hotline. Wird ein Wolf lebend am Unfallort angetroffen, ist dieser unter Beachtung der Eigensicherung in Augenschein zu nehmen. Es ist unverzüglich das KLUWO über die Hotline mit dem Ziel der Abklärung weiterer Maßnahmen zu verständigen.

- Unter Umständen sind eine Verständigung eines Veterinärs (Hinweis auf Kostenübernahme durch KLUWO) und weitere Maßnahmen nach Vorgabe des Veterinärs zu veranlassen.

Nottötung

Die bislang ausgeschlossene, aber nunmehr mögliche und geregelte sofortige Nottötung eines schwer verletzten und leidenden Wolfs durch die Beamtinnen und Beamten der Polizei kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn die Verletzungen des Tieres so schwerwiegend sind, dass sein Überleben bei vernünftigem menschlichen Ermessen ausgeschlossen ist und jede weitere Verzögerung (zum Beispiel Einschalten der zuständigen Oberen Naturschutzbehörde, Hinzuziehen von veterinärmedizinischem Sachverstand) aus Gründen des Tierschutzes nicht vertretbar ist. Für die Nottötung können auch anwesende jagdausübungsberechtigte Personen in Anspruch genommen beziehungsweise verpflichtet werden. Diese können entstandene Kosten geltend machen.

Fangschüsse mit Dienstwaffe

Die bei der Polizei Rheinland-Pfalz verwendete Dienstpistole WALTHER P 99 Q im Kaliber 9 mm x 19 übertrifft die Anforderungen an die Munition hinsichtlich der notwendigen Energieabgabe bei Fangschüssen gemäß Paragraph 19 Bundesjagdgesetz sowie Paragraph 23 Landesjagdgesetz Rheinland-

Pfalz um mehr als das Doppelte. Die Werte der Maschinenpistole liegen noch darüber. Sowohl Pistole als auch Maschinenpistole dürfen für Fangschüsse demnach verwendet werden. Die Verletzungen bei betroffenen Tieren sind mit Lichtbildern zu dokumentieren. Die Pflicht zur Verständigung des KLUWO bleibt hiervon unberührt.

Wolf kein Wildunfall?

Der zunächst Fragen aufwerfende Passus, dass es sich bei Verkehrsunfällen unter Beteiligung eines Wolfes nicht um einen Wildunfall handelt, wurde inzwischen nach einer thematischen Befassung innerhalb des Arbeitskreises Verkehrspolizeiliche Angelegenheiten (AK VPA) geklärt, und auch Unfälle mit Beteiligung eines Wolfes werden mit der Ursache (86; Wild) und dem Typ 751 (Wildunfall) erfasst. Nach dem Leitfaden LF 124 (Beseitigung von gefallenem Wild, das nicht an Ort und Stelle verbleiben kann [Fallwild]) umfasst der Begriff „Wildtiere“ jagdbares Wild im Sinne des Jagdgesetzes und andere Wildtiere. Kfz-Versicherungen erfassen häufig nur Haarwild. Versichert ist in der Regel der Zusammenstoß des in Fahrt befindlichen Fahrzeugs mit Haarwild im Sinne von Paragraph 2 Absatz 1 Nr. 1 des Bundesjagdgesetzes. Fasst man den Begriff Wild im Sinne der RiLiVUA und des LF 124 somit weit, könnte von einem Wildunfall (Typ 751 mit Ursache 86) aus polizeilicher Sicht immer dann ausgegangen werden, wenn ein Fahrzeug mit einem Tier kollidiert ist, das wild lebend ist und nicht von Menschen gehalten wird. ■

Alexander Kolb



privat

DP-Autor Alexander Kolb wurde im August 1989 in den Polizeidienst eingestellt, 1996 bis 1999 folgte das Studium für den gehobenen Polizeidienst. Seit 1999 war er in verschiedenen Führungsfunktionen als Dienstgruppenleiter und stellvertretender Dienststellenleiter tätig. Seit Juni 2020 ist er Leiter der Polizeiautobahnstation Gau-Bickelheim.



GEN Z

Konfliktunfähig, unselbstständig, arbeitsscheu?

Zur Generation Z (Gen Z) zählen alle Menschen der Geburtenjahrgänge von 1995 bis 2010. Kritische Stimmen bezeichnen sie als konfliktunfähig, unselbstständig und arbeitsscheu. Wie tickt diese Generation? Und wie gelingt es Arbeitgebern, sie als Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten? DP-Autor Dr. Bernd Bürger mit einem einordnenden Kommentar.

Dr. Bernd Bürger

„Die“ Generation gibt es nicht. Sie besteht aus vielen verschiedenen Individuen mit unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Gleichwohl können diese Konstrukte helfen, übergreifende Einstellungen und Entwicklungen zu verstehen. Die Generation Z (manchmal auch als Z für Zombie beschrieben, weil sie wie Zombies auf ihre Smartphones schauend umhergehen) umfasst die Geburtsjahrgänge 1995 bis etwa 2010.

Eltern

Die sogenannte Gen Z wächst in einem ganz besonderen Umfeld auf. Die Eltern sorgen sich um ihre Kinder und wollen sie unterstützen. Dabei meinen sie es oft zu gut, packen sie in Watte, mischen sich in die Konflikte der Kinder ein und lösen diese. Hatte ein Kind vor 30 Jahren schlechte Noten, gab es von den Eltern meist richtig Ärger. Heu-

te, weil ja alle Kinder – zumindest in den Augen der Eltern – hochbegabt sind, haben bei schlechten Noten die Lehrer den Ärger. Das führt dazu, dass – dies merken auch die Polizeien bei der Ausbildung der Gen-Z-ler – dass diese sowohl weniger konfliktfähig als auch eher unselbstständig sind.

Work-Life-Balance

Gen-Z-ler beobachten, wie ihre Eltern arbeiten. Die, ihrerseits meist aus der Generation X stammend, interpretieren Work-Life-Balance oft nur als mahnenden Hinweis, doch auch noch ein bisschen auf das Privatleben zu achten. Das hat zwei Folgen: Zum einen haben die Eltern einen guten finanziellen Sockel aufgebaut. Dies bedeutet einen gewissen Wohlstand, den die Zler in ihre eigene Lebens-Arbeits-Wirtschaftskalkulation mit einfließen lassen können. Sie haben ein gutes Polster und müssen nicht um jeden Preis eine Arbeit annehmen, um gut zu leben. Zum anderen sehen sie, wie wenig Zeit die Elterngeneration für die Familie hat, wie viele sich bis zum Burnout in der Arbeit verlieren. Das kann – zu Recht – nur schlecht als erstrebenswertes Vorbild dienen.

Smartphone

Der zweite große Einflussfaktor bei den Zlern, den sogenannten Digital Natives, ist das Smartphone, mit dem sie aufwachsen. Viele können das Handy nicht mehr weglegen. Es ist der Dauerbegleiter geworden

– kein Wunder, denn jedes „Bing“ gibt einen kleinen Schuss Glückshormone. Denken Sie kurz an das Geräusch Ihres Handys, wenn Sie eine Nachricht bekommen. Spüren Sie es? Wenn man beginnt, sich diese Kicks erst im Erwachsenenalter zu geben, wenn die großen Rillen im Gehirn bereits anders gespürt sind, bekommt man die Nutzungsdauer mehr oder weniger gut unter Kontrolle. Mehr Handy, mehr PC, mehr Konsole, weniger Sport. Entsprechend scheitern immer mehr an den Einstellungssporttests der Polizeien, deren Anforderungen entsprechend gesenkt werden müssen, um genug Personal rekrutieren zu können

Leistungsunwillig?

Den Zlern sind Familie und Freunde besonders wichtig. Deswegen möchten sie möglichst heimatnah arbeiten, viel hochwertige Zeit mit Familie und echten Freunden verbringen, statt einen zu großen Teil ihrer Lebenszeit und -energie in die Arbeit zu stecken. Klagen über die Generation, die nur die Vier-Tage-Woche und wenig Belastung in der Arbeit möchte, hört man häufig, auch von Personalchefs. Aber nur, wenn man versucht zu verstehen, warum „die jungen Leute“ so sind, wie sie sind, wird es den Arbeitgebern gelingen, sie für ihre Arbeitsangebote zu begeistern und im Unternehmen zu binden.

Und auch eine andere Behauptung stimmt nicht: Sie sind nicht leistungsunwillig. Sie wollen sehr wohl Leistung bringen, aber sie wollen mehr Qualitätszeit mit ihren Familien und ihren Freunden haben, einfach mehr vom Leben und nicht aufgrund der Arbeitsbelastung Burn-out.

Boomer vs. Gen Z

Den Wunsch nach weniger Arbeit nachzuvollziehen ist gerade für die aktuelle Chefgeneration, die Boomer und viele der älteren Gen-X-ler, schwierig, vor allem, da sie selbst darunter leiden, und das auch noch doppelt. Als sie jung waren und versucht haben, Familie und Karriere unter einen Hut zu bekommen, hatten sie keine echte Chance, dies erfolgreich zu bewältigen. Jetzt, nachdem sie sich die Karriereleiter unter vielen Entbehrungen nach oben gearbeitet haben

und vielleicht selbst kürzertreten könnten, geht das wieder nicht, weil die jungen Führungskräfte in Elternzeit sind oder sogar im Sabbatical.

Achtsamkeit

Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die Polizeien achtsam sind im Hinblick auf die körperliche und seelische Sensibilität der Gen-Z-ler. Diese sind meist sehr behütet, ohne große Konflikte, oft sogar ohne Schubserien auf dem Schulhof aufgewachsen. So schwer vorstellbar dies für ältere Polizisten sein mag: Ein hartes Selbstverteidigungstraining mit einer nicht gewollten, aber erlittenen Verletzung kann zu einer ernsthaften Traumatisierung führen. Gleiches gilt für viele andere belastenden Dinge, die man im Polizeiberuf erlebt. Umso wichtiger ist es insbesondere für Führungskräfte, in dieser Hinsicht sensibel zu sein und nicht unbedingt den eigenen Maßstab anzulegen. Für die Organisation gilt es, genügend Ressourcen für sozioemotionale Unterstützung vorzuhalten.

Steigende Kündigungszahlen

Für die Gen-Z-ler ist der Polizeiberuf nicht automatisch Berufung und Lebenszeitberuf, so wie es für viele Ältere der Fall ist. Folglich steigen die Kündigungszahlen bei den Polizeien deutlich. Und warum? Darüber kann man leider nur spekulieren, denn mir ist bisher keine Polizei bekannt, die diejenigen, die kündigen, interviewten, um Erkenntnisse im Hinblick auf die Gründe der Kündigung zu erhalten.

Die Gen Z ist unsere Zukunft. Wenn man an den Kern ihrer Forderungen geht, sind die Motive doch nachvollziehbar: das Leben genießen und viel Zeit mit den echten Freunden und der Familie verbringen. Und das im Kontrast zu dem, was wir Älteren machen: sozialisiert, um mit Leib und Seele in der Arbeit aufzugehen. Der zentrale Aspekt bleibt anerkennende und wertschätzende Führung. Die Älteren hatten richtig schlechte Chefs, haben die Zähne zusammengebissen und die Situation ausgesessen – das machen die Jungen nicht mehr mit, sie kündigen. Das müssen wir verstehen und in der Führungsarbeit danach handeln. ■

Eure Meinung

ZU:

„Für ein böllerverbotenes Silvester“, DP 12/23

Die GdP im Schulterschluss mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH)?

DUH, ein Verein, dessen Vorsitzender zum elitären Kreis der Vielflieger gehört, die Allgemeinheit aber mit ständigen Verböten überzieht.

Ich hoffe, die GdP weiß, dass die DUH nicht ein Böllerverbot möchte, weil damit Polizisten und Rettungskräfte beschossen werden. Es geht wieder um ein allgemeines Verbot für alle.

Allgemeinverbote taugen meiner Meinung nach grundsätzlich nicht, um dieses und auch andere Probleme zu lösen. Werden in Deutschland Böller verboten, decken sich potenzielle Täter im Ausland damit ein, und es ist fast nichts gewonnen, jedoch wieder mal der friedliche Bürger überbelehrt.

Ich böllere schon immer, bin über 50, wohne in einem Dorf mit nicht mal 160 Einwohnern auf weiter Fläche in Mecklenburg/Vorpommern. Solange ich böllere, hat sich in meinem Umfeld noch nie jemand verletzt, noch nicht mal eine Verbrennung. Die Böller werden eben wie vorgeschrieben benutzt. Gleiches gilt im Übrigen für die sogenannten Polenböller. Wäre dem nicht so, müsste es zu jedem Jahreswechsel in Polen tausende Verletzte und hunderte Tote geben.

Es werden bei uns auch keine Polizisten und Rettungskräfte beschossen, wobei diese bei uns zu Silvester auch nie auftauchen.

Um das Problem der Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte zu lösen, sollte laageangepasst und situativ vorgegangen werden. Zum Glück hat das die Politik diesmal erkannt (Herr Wegner, Bürgermeister von Berlin und CDU-Mitglied).

Situative Böllerverbotzonen mit entsprechenden Kontrollen bei hoher Polizeidichte, sofortige Verfolgung und Ahndung mit im Dienst befindlichen Bereitschaftsrichtern. Der Jahreswechsel 2023/2024 hat gezeigt, dass es auch ohne pauschale und allgemeine Verbote gehen kann. Gleiches gilt im Übrigen auch für die aktuellen vWVGK, Einreiseverweigerungen an Binnengrenzen (EuGH C 143/22 vom 21. September 2023) oder bei einem generellen Tempolimit auf Autobahnen.

Ich hoffe, die GdP überdenkt noch mal die Zusammenarbeit mit dem meiner Mei-

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

nung nach äußerst einseitigen Interessenverein namens DUH.

Bernd Buchholz

ZU:

Antwort auf das Schreiben des GdP-Tarif-Chefs René Klemmer, Seite 7, DP 1/24

Zunächst danke, für die vielen Grüße, Deiner Antwort auf meinen Leserbrief. Die möchte ich aus ganzem Herzen und aufrichtig zurücksenden. Ja, ich verstehe es, dass man für drei lange harte Tarifrunden gelobt werden möchte, zumindest nicht getadelt. Ein Tadel, das war auch nicht meine Absicht. Aber jetzt mal zum Eingemachten des Tarifergebnisses. Die Inflationsausgleichsprämie ist, wie das Wort schon sagt, eine Prämie. Bedeutet, müsste oben draufgesetzt werden. Was ist dann mit dem Zeitraum von Dezember 2023 bis zum 31. Oktober 2024? Entgelterhöhung gleich „nix“? Die Entgelterhöhung in Form eines Sockelbetrages von 200 Euro für die Monate November/Dezember 2024 und Januar 2025 machen wie viel Prozent aus?

Nun sollte man mal den statistischen Durchschnittswert des Einkommens aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder zugrunde legen. Auch wenn ich kein Tarifexperte bin, kann ich mir vorstellen, dass diese Prozentzahl nicht fantastisch hoch sein wird.

Die lineare Erhöhung von 5,5 Prozent spricht für sich und macht gerade die Hälfte der ursprünglichen Forderung aus; also mussten, wie von mir befürchtet, hohe Abstriche hingenommen werden.

Bei der Erhöhung von Auszubildenden-entgelten sollten Vergleiche zu anderen gleichwertigen Berufsgruppen herangezogen werden, um konkurrenzfähig gegenüber anderen Arbeitgebern und lukrativ für den Nachwuchs zu sein.

Bei der unbefristeten Übernahme sehe ich einen gravierenden Haken: Wer bestimmt den betrieblichen Bedarf? Der Chef, der Vorgesetzte, die Kassenlage?

Die neue Laufzeit beträgt 25 Monate, bis 31. Oktober 2025. Die Laufzeit der Tarifrunde 2021 ging bis 30. September 2023. Was ist mit den Monaten Oktober und November 2023?

Bitte mal diese Punkte bedenken und beurteilen, wie sich, mit der Aussage „Unsere Erfahrungen der letzten Jahrzehnte bestätigen das“, das Tarifergebnis dann sehen lassen kann. Soll es so bleiben, dass der öffentliche Dienst immer wieder abgehängt wird und zum Beispiel zu Pandemiezeiten lediglich von Balkonen und offenen Fenstern geklatscht wird, und das war es dann? Lieber René Klemmer, Du siehst, ich habe Deine Worte verinnerlicht, ich bleibe kritisch und am Ball.

Herbert Magnus

TERMIN

Bikertreffen im Thüringer Wald

Vom 16. bis 20. Mai 2024 findet über Pfingsten in Oberhof Nähe Eisenach/Suhl ein offenes Motorradtreffen für Biker aus der Polizei, der Justiz, dem Zoll und deren Angehörige für drei, vier oder fünf Tage statt. Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung. Die Touren werden vor Ort ausgehängt. In gemütlicher Atmosphäre lassen sich dann abends nach PS-starkem „Ausritt“ interessante Benzingespräche rund um das Bike führen.

Detlef Schöne

Die Veranstaltung ist eine Zusammenarbeit von IPA und Blue Knights.

Die Unterbringung erfolgt im Aparthotel Oberhof (Eckardtskopf 1, 98559 Oberhof). Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension. Eventuell anfallende Gewinne werden einem Kinderheim gespendet.

Weitere Informationen unter Telefon **0160-66 545 14** oder per E-Mail: **detlef-schoene@freenet.de** oder **biker858@freenet.de**

Weitere Termine für 2024:

4. bis 7. Juli 2024 nach Uslar/Weserbergland
8. bis 11. August 2024 in den Harz/Sophienhof



DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 02 | 73. Jahrgang 2024
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: GdP/Sven Vüllers

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 47 vom 1. Januar 2024.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

187.408 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de



DIGITAL LERNEN

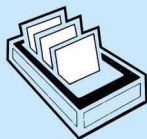


Systematisch das notwendige Wissen für die polizeiliche Prüfung „pauken“

Miethe / Kiehne

Verkehrsrecht für die Polizeiausbildung

Digitale Karteikarten



VDP | VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb



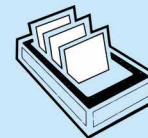
192 Lernkarten – 14,90 €

Henricks

Kriminalistik

Kompakt für die Polizeiausbildung

Digitale Karteikarten



VDP | VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb



322 Lernkarten – 14,90 €



BRAIN YOO
MOBILE LEARNING



Erhältlich bei dem Lernsoftware-Spezialisten www.brainyoo.de.

- Lernstandserhebungen
- Quiz Battles
- Digitale Prüfungen
- Karteikarten-App



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Viele Ideen!



Finde Deine zum Vorteilspreis!



**GdP-Plus
Partner**

Das GdP-Partnerprogramm
exklusiv für Dich als GdP-Mitglied
und Deine Familie!



Hier geht es zu den Angeboten:



Nutze den Easy-Login!
www.gdp.de > Dein GdP-Plus

flatex
Anliegen bei den Profis

SNOCKS

EuroEyes



BB Bank

B.O.C.
Da fahr' ich am besten!

Kraemer
THE JEWELLERY SPECIALIST

brass
Geh' s ums Auto, geh' zu brass.

sky

Süwag

**MODULAT
LEASING**

Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de